
UNSER LAND VON MORGEN

*REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD
RHEINLAND-PFALZ ZUR
LANDTAGSWAHL 2016*

– ENTWURF VOM 8. DEZEMBER 2015 –

SPD RHEINLAND-PFALZ

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

INHALT

| | | |
|-------------|--|----------|
| I. | WIR IN RHEINLAND-PFALZ..... | 1 |
| II. | UNSER ERFOLGSLAND | 2 |
| III. | WAS VOR UNS LIEGT | 4 |
| IV. | 50 GUTE ARGUMENTE FÜR DIE SPD | 8 |
| 1. | RHEINLAND-PFALZ BIETET, WONACH FAMILIEN SUCHEN | 8 |
| 2. | GEBÜHRENFREIE BILDUNG VON ANFANG AN | 9 |
| 3. | SCHULEN MIT KLEINEN KLASSEN UND AUSREICHEND PERSONAL | 10 |
| 4. | GUTE SCHULE DEN GANZEN TAG | 10 |
| 5. | BESTE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN | 11 |
| 6. | WIR MACHEN UNSERE KINDER FIT FÜR DIE ZUKUNFT | 11 |
| 7. | HOHE QUALITÄT IM STUDIUM | 12 |
| 8. | EXZELLENZ UND INNOVATION IN DER FORSCHUNG | 13 |
| 9. | PERSPEKTIVEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS | 13 |
| 10. | GESUNDHEIT UND PFLEGE: WIR SICHERN DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG | 14 |
| 11. | HAUSÄRZTINNEN UND -ÄRZTE BLEIBEN DIE ERSTEN ANSPRECHPARTNER | 15 |
| 12. | GUTE PFLEGE IST EIN GRUNDRECHT | 15 |
| 13. | GUTE LÖHNE FÜR FACHKRÄFTE IN SOZIALEN BERUFEN | 17 |
| 14. | MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR WOHNEN IM ALTER | 18 |
| 15. | GUT UND BEZAHLBAR: WOHNEN IN RHEINLAND-PFALZ | 18 |
| 16. | RHEINLAND-PFALZ IST EINWANDERUNGSLAND | 19 |
| 17. | HUMANE FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK | 20 |
| 18. | WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG GEMEINSAM SICHERN | 21 |
| 19. | INNOVATIONEN FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT | 22 |
| 20. | DREI SÄULEN UNSERER WIRTSCHAFT: INDUSTRIE, MITTELSTAND, HANDWERK | 23 |
| 21. | DUALE AUSBILDUNG IST UNSER STANDORTVORTEIL | 24 |
| 22. | FACHKRÄFTE SICHERN – MEHR LEHRSTELLEN ANBIETEN | 24 |
| 23. | DIE ENERGIEWENDE VOLLENDEN | 25 |
| 24. | WIR STEHEN FÜR MOBILITÄT – RHEINLAND-PFALZ SETZT AUF KLUGEN VERKEHRS-MIX | 26 |
| 25. | VERKEHRSINFRASTRUKTUR MIT DEN RICHTIGEN PRIORITÄTEN | 27 |
| 26. | LÄRMSCHUTZ IST LEBENSQUALITÄT | 29 |
| 27. | GUTE ARBEIT STÄRKEN – ÖFFENTLICHE HAND IST VORBILD | 30 |
| 28. | GERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT – ARBEITSMARKTPOLITIK STÄRKEN | 31 |
| 29. | DIGITALISIERUNG UND DEMOGRAFIE GESTALTEN | 32 |

| | |
|--|-----------|
| 30. SCHNELLES NETZ – GUTE ZUKUNFT | 33 |
| 31. DEMOGRAFIE TRIFFT AUF DIGITALEN WANDEL | 33 |
| 32. NUR STARKE KOMMUNEN SICHERN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE | 34 |
| 33. KREATIVE UND LEBENDIGE KOMMUNEN – HIER LEBT GEMEINSINN | 35 |
| 34. POLIZEI FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER – BÜRGERPOLIZEI | 36 |
| 35. FEUERWEHR UND RETTUNGSKRÄFTE – RETTER IN DER NOT | 37 |
| 36. PRÄVENTION – KAMPF GEGEN EXTREMISMUS | 37 |
| 37. RECHT UND JUSTIZ GARANTIEREN UNSERE FREIHEIT | 38 |
| 38. VERBRAUCHERSCHUTZ STEHT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT | 39 |
| 39. GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN KONSEQUENT VORANTREIBEN | 40 |
| 40. RHEINLAND-PFALZ STEHT FÜR DAS PRINZIP INKLUSION | 41 |
| 41. VIELFALT IST EIN GEWINN FÜR ALLE | 42 |
| 42. LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU FÜR STARKE LÄNDLICHE RÄUME | 43 |
| 43. NACHHALTIGKEIT IN NATUR- UND TIERSCHUTZ | 44 |
| 44. SPORTLICHES RHEINLAND-PFALZ | 46 |
| 45. KULTURLAND RHEINLAND-PFALZ | 46 |
| 46. OFFENE UND TRANSPARENTE VERWALTUNG | 47 |
| 47. MEDIENLAND RHEINLAND-PFALZ – KOMPETENT IN DIE ZUKUNFT | 48 |
| 48. WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN UND KONSOLIDIEREN DEN HAUSHALT | 49 |
| 49. VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND DIE EINE WELT | 50 |
| 50. RHEINLAND-PFALZ: DIE MITMACH-DEMOKRATIE | 51 |
| V. WORAUF ES ANKOMMT | 52 |

1 I. WIR IN RHEINLAND-PFALZ

2 In Rheinland-Pfalz zählen Zusammenhalt, Menschlichkeit und das gute Leben in einem
3 schönen Land. Rheinland-Pfalz ist geprägt von der Unterschiedlichkeit seiner Regionen, der
4 verschiedenen Dialekte, Traditionen und Bräuche. Und dennoch eint uns Rheinland-
5 Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ein Lebensgefühl. Wir packen an – und wir kommen
6 Schritt für Schritt voran.

7 Mit Tatkraft, Optimismus und klaren politischen Zielen haben wir es in den vergangenen
8 Jahrzehnten in die Spitzengruppe der Länder in Deutschland geschafft. Wir haben
9 wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Verantwortung verbunden. Wir haben Vielfalt
10 und Weltoffenheit als Chance genutzt. Wir stehen gemeinsam mit den Menschen unseres
11 Landes für ein Rheinland-Pfalz-Gefühl, das Bodenständigkeit und Zukunftsoffenheit
12 miteinander verknüpft.

13 Unser Zusammenhalt im Land ist gerade in diesen Zeiten, die auch von Unsicherheiten
14 geprägt sind, von unschätzbarem Wert. Auch in Rheinland-Pfalz machen sich die
15 Menschen Gedanken über den Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Menschen
16 fragen sich, wie die Integration gut gelingen kann, und zeigen gleichzeitig durch ihre
17 enorme Hilfsbereitschaft ihre Aufgeschlossenheit und Solidarität. Zugleich stimmen die
18 möglichen Auswirkungen des internationalen Terrorismus auf unsere offene Gesellschaft
19 nachdenklich.

20 Gerade in diesen Zeiten ist eine verlässliche Politik der Vernunft und Verantwortung
21 gefragt, die den Menschen Halt und Sicherheit gibt und die Aufgaben der Zeit gut und
22 pragmatisch löst.

23 Die Sozialdemokratie regiert unser Land seit Jahren erfolgreich und verlässlich, mit
24 Augenmaß und den richtigen Konzepten. Dabei haben wir immer das Wohl der gesamten
25 Gesellschaft im Blick.

26 So sind wir große Herausforderungen wie die Konversion und die Energiewende
27 angegangen und haben das bundesweit modernste Bildungssystem geschaffen. So wollen
28 wir mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer an der Spitze unser Land von morgen gestalten.

29 Die SPD ist in Rheinland-Pfalz die einzige Partei, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen
30 Zusammenhalt vereint. Sie ist die Partei, die für Aufstiegsmöglichkeiten steht, für Leistung
31 und für Chancengleichheit. Wir in Rheinland-Pfalz haben etwas geschaffen, was es so in
32 Deutschland kein zweites Mal gibt: Ein Erfolgsland mit Herz, Lebensfreude, Zusammenhalt
33 und Zukunft.

34 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, was Heimat bedeutet. Wir wissen
35 aber auch, dass es immer wieder darauf ankommt, unsere Heimat fit für die Zukunft zu
36 machen. Denn Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen, nach innen
37 wie nach außen. In unserer Gesellschaft darf niemand abgehängt und vergessen werden.
38 Aber wir sehen auch: Barbarei und Krieg sind noch nicht überwunden, die Krisen dieser
39 Welt wirken sich überall aus. Wegschauen löst kein Problem, im Gegenteil. Wir
40 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, engagiert und mit klarer
41 Haltung unser Land in dieser schwierigen Zeit weiter voranzubringen.

42 Eines ist klar: In Rheinland-Pfalz gelingt Zukunft nur, wenn wir den Zusammenhalt
43 erhalten und weiter stärken. Nur mit Zusammenhalt, Optimismus sowie mit unserer
44 Anpack- und Mitmach-Mentalität werden wir die Herausforderungen der Zukunft
45 meistern. Nur so gestalten wir den demografischen Wandel und die Digitalisierung. Nur so
46 schaffen wir weiter viele neue Arbeitsplätze. Nur so sichern wir dauerhaft die
47 Integrationskraft unseres Bildungswesens und sorgen für mehr Wohnungsbau. Nur so
48 gelingt es uns, gegenüber den vielen Flüchtlingen ein menschliches Gesicht zu zeigen und
49 sie in unser Miteinander einzubeziehen.

50 Wir wollen ein Land, in dem die Menschen sich wohlfühlen und in dem die Menschen sich
51 gemeinschaftlich engagieren. Denn unser lebenswertes Rheinland-Pfalz wird von den
52 Bürgerinnen und Bürgern geprägt. Sie reden und entscheiden mit, sie prägen unser Land.
53 Gemeinsam wollen wir auch in Zukunft gut leben und arbeiten in Rheinland-Pfalz.

54

55 **II. UNSER ERFOLGSLAND**

56 Wir sind stolz darauf, dass unser Land gleichermaßen für soziale Gerechtigkeit,
57 Modernität, wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt steht. Wir
58 sichern gute Arbeit und fördern unsere erfolgreiche Wirtschaft, wir kümmern uns um die
59 Familien und halten unsere Älteren mitten in der Gesellschaft; bei uns gibt es gute Bildung
60 für alle, Fortschritt und Innovation, wir stärken unseren ländlichen Raum und nutzen die
61 Chancen der Digitalisierung.

62 Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die SPD-geführte Landesregierung haben in der
63 vergangenen Legislaturperiode viel erreicht: Rheinland-Pfalz ist ein starkes, ein lebens-
64 und liebenswertes Land, das beste Zukunftsaussichten hat. Rheinland-Pfalz ist heute schon
65 Erfolgsland!

66 **Rheinland-Pfalz ist ein Bildungsland.** In Rheinland-Pfalz können sich alle Familien darauf
67 verlassen, dass ihre Kinder optimal gefördert werden. Durch Gebührenfreiheit von der Kita
68 bis zur Hochschule haben bei uns alle Kinder und Jugendlichen die besten Chancen. Jede
69 zweite Schule ist inzwischen eine Ganztagschule; damit bieten wir den Schülerinnen und
70 Schülern optimale Lernbedingungen und individuelle Förderung. Mit unserer guten
71 Unterrichtsversorgung, den kleinen Klassen und unseren jungen Lehrerinnen und Lehrern
72 sind wir bundesweit führend und sichern hohe Qualität. Wir sind stolz, dass unsere
73 Schülerinnen und Schüler bei Leistungsvergleichen regelmäßig gut abschneiden. Kein
74 anderes Bundesland hat eine höhere Quote der Drei- bis Sechsjährigen, die eine Kita
75 besuchen. Kein anderes westdeutsches Flächenland ist so erfolgreich beim Ausbau der
76 Kinderbetreuung der Unter-Dreijährigen. Und bei den Pro-Kopf-Investitionen in die
77 Kindertagesbetreuung sind wir bundesweit vorbildlich.

78 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Arbeit.** Wir sind stolz, dass in Rheinland-Pfalz noch
79 nie so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren wie heute. Die
80 Arbeitslosigkeit bei uns ist die drittniedrigste aller 16 Bundesländer. Dies sind auch Erfolge
81 sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Durch den Mindestlohn und das
82 Landestariftreuegesetz sorgen wir für gerechte Bezahlung und mit unserer
83 Fachkräftestrategie für mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

84 **Rheinland-Pfalz ist ein Familienland.** In Rheinland-Pfalz fühlen sich die Familien wohl –
85 durch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, vielfältige Freizeitmöglichkeiten und eine
86 hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind stolz, dass wir beim Ausbau der
87 Kinderbetreuung bundesweit eine Spitzenrolle innehaben und die Familien von
88 Bildungsgebühren für ihre Kinder entlasten. Kaum ein anderes Bundesland investiert
89 dabei so konsequent in Qualität, wie wir es tun.

90 **Rheinland-Pfalz ist ein Wirtschaftsland.** Rheinland-Pfalz ist eines der wirtschaftlich
91 erfolgreichsten Bundesländer: Wir sind einer der wichtigsten Industriestandorte in
92 Deutschland, haben einen kraftvollen Mittelstand, ein leistungsstarkes Handwerk und
93 kreative Start-ups. Die vielen Gründungen bei uns im Land und unsere hohe Exportquote
94 machen deutlich, dass wir zu den wettbewerbsfähigsten und innovativsten
95 Bundesländern gehören.

96 **Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land.** Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer
97 können in ihrem Bundesland mit dem guten Gefühl leben, dass für ihre Sicherheit gesorgt
98 ist. In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Straftaten in Rheinland-Pfalz Jahr für
99 Jahr weiter gesunken. Zugleich können wir im zehnten Jahr in Folge auf eine
100 Aufklärungsquote über 60 Prozent verweisen. Dies sind Werte, die nur wenige Länder
101 vorweisen können. Unsere Polizisten sind in der Lage, sich auf verändernde Lagebilder

102 einzustellen und so unser aller Sicherheit auch bei neuen Gefährdungslagen zu
103 gewährleisten.

104 **Rheinland-Pfalz ist das Land der guten Pflege.** In Rheinland-Pfalz können sich die
105 Menschen darauf verlassen, dass sie im Alter gut gepflegt werden. Mit unseren
106 Pflegestützpunkten im ganzen Land und der bundesweit ersten Landespflegekammer
107 schaffen wir dazu die Voraussetzungen. Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dafür
108 2015 den Deutschen Pflegepreis erhalten. In Rheinland-Pfalz kümmern wir uns um unsere
109 älteren Menschen und halten sie mitten in unserer Gesellschaft – mit der
110 GemeindeschwesterPlus und gemeinschaftlichen Wohnprojekten.

111 **Rheinland-Pfalz ist ein Zukunftsland.** Die Menschen in Rheinland-Pfalz gehen gerne mit
112 der Zeit – dies gilt auch für das Zeitalter der Digitalisierung. Wir sind stolz, dass wir als
113 Flächenland einen Spitzenplatz beim Ausbau von schnellem Internet haben. Mehr als
114 50.000 Lehrerinnen und Lehrer haben wir schon zur Nutzung digitaler Medien
115 weitergebildet, um unsere Kinder und Jugendlichen fit zu machen für den Umgang mit
116 den Neuen Medien.

117 **Rheinland-Pfalz ist das Land des Zusammenhalts.** In keinem anderen Land engagieren sich
118 mehr Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich, wie wir auch an der überwältigenden
119 Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge sehen können. Die Landesregierung würdigt dieses
120 Engagement mit der Landesehrenamtskarte. In Rheinland-Pfalz leben die Menschen nicht
121 nur gut, sondern auch sicher: In keinem anderen Bundesland ist das Sicherheitsgefühl so
122 hoch wie bei uns.

123

124 **III. WAS VOR UNS LIEGT**

125 In den nächsten Jahren wollen wir auf dem Erreichten aufbauen und unser Land noch
126 lebenswerter gestalten. Wir stehen dafür, dass der Zusammenhalt und die Werte unserer
127 offenen Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten gewahrt werden und die Menschen in
128 unserem Land weiter sicher leben können. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz Spitze
129 bei der Integration ist und alle Menschen im Land die gleichen Chancen auf Bildung und
130 Teilhabe haben. Und wir stehen dafür, dass die Modernisierung unseres Landes
131 entschlossen, aber in sozialer Verantwortung weitergeht. Die Stärkung des
132 Zusammenhalts durch Integration und Inklusion, die Veränderung von Arbeiten und
133 Leben durch die Digitalisierung, die alternde Gesellschaft: All das braucht eine Politik, die
134 in schwierigen Zeiten rechtzeitig und mutig anpackt und einen klaren Kompass hat – in

135 Richtung Offenheit und soziale Gerechtigkeit. Die Weichen für eine gute Zukunft stellen
136 wir heute.

137 Wir fördern Familien und Kinder und investieren in Bildung für alle. Wir werden die
138 Qualität des Kita-Angebots weiter steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
139 weiter verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Menschen Zugang zu bezahlbarem
140 Wohnraum behalten. Deshalb fördern wir im nächsten Schritt bereits für 2016 den Neubau
141 von 4.200 Wohnungen in Rheinland-Pfalz und werden danach den Wohnungsbau weiter
142 voranbringen und auf hohem Niveau verstetigen.

143 Für die konsequente Umsetzung des Mindestlohns werden wir sorgen sowie Leiharbeit
144 und Werkverträge besser regeln und dazu insbesondere auf Bundesebene das Gewicht des
145 Landes Rheinland-Pfalz einbringen. Ein auskömmlicher Mindestlohn gehört zu unserem
146 sozialdemokratischen Grundverständnis einer fairen Gesellschaft. Und im Arbeitsleben
147 darf es keinen Trend hin zu Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse geben. Wir sehen
148 in den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Leistungsträger unseres Landes und
149 unterstützen sie und die Gewerkschaften, wenn es um die Abwehr von Billiglöhnen oder
150 um Einschränkungen bei der Alterssicherung geht.

151 Wir stehen für soziale Gerechtigkeit: Ältere Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet
152 haben, müssen wirksamer vor Armut im Alter geschützt sein. Wir sehen in der
153 Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum einen wichtigen Schwerpunkt der nächsten
154 Legislaturperiode. Denn es muss weiterhin gelten, dass bei uns alle Menschen am
155 medizinischen Fortschritt teilhaben und einen direkten medizinischen Ansprechpartner
156 haben können.

157 In den nächsten Jahrzehnten wird unser Land älter und bunter. Die Gesellschaft verändert
158 sich dadurch. Wir wollen diese Veränderung aktiv gestalten und dabei für sozialen
159 Ausgleich, für Menschlichkeit und Gerechtigkeit sorgen. Zudem revolutioniert die
160 Digitalisierung unseren Alltag und die Art und Weise, wie wir lernen, arbeiten und
161 produzieren. Wir wollen im nächsten Schritt die Breitbandversorgung überall im Land mit
162 mindestens 50 MBit/s bis 2018 sicherstellen, damit alle Regionen Zugang zum schnellen
163 Internet haben. Das ist die entscheidende Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe
164 und für gleiche wirtschaftliche Chancen.

165 Gemeinsam mit unserer Wirtschaft sichern wir den Wohlstand der Zukunft. Unsere Politik
166 richtet sich an unseren erfolgreichen Mittelstand, unser leistungsfähiges Handwerk,
167 unsere international führende Industrie und unsere innovativen Start-ups.

168 Rheinland-Pfalz wird außerdem die von Ministerpräsidentin Malu Dreyer erreichte
169 kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und
170 Sozialverbänden zu den zentralen Zukunftsthemen ausbauen und verstetigen.

171 Wir leben in Zeiten, die entschlossene Gesellschaftspolitik notwendig machen. Dabei geht
172 es darum, die Voraussetzungen zu schaffen, damit alle Menschen in unserem Land gute
173 Zukunftschancen haben und alle am Zusammenleben teilhaben. Im Mittelpunkt steht für
174 uns deshalb die Frage: Wie halten wir unsere Gesellschaft und Europa zusammen? Wie
175 gelingt zu Hause und europaweit Integration? Welches Gesicht erhält unsere Gesellschaft?
176 Da waren die Erfahrungen in den vergangenen Jahren oft ernüchternd, denn Europa wird
177 seinen Werten häufig nicht gerecht. Nationale Egoismen und Interessen haben immer
178 wieder die Oberhand bekommen.

179 Das zeigt: Auf unsere Haltung kommt es an – und auf die Bereitschaft zum
180 nachbarschaftlichen Zusammenleben. Gerade wir in Rheinland-Pfalz wissen aus unserer
181 eigenen Geschichte, was es bedeutet, in Zeiten nationaler Egoismen in einer Grenzregion
182 zu leben. Und wir wissen aus den vergangenen Jahrzehnten, wie viel Fortschritt und
183 Freiheit offene Grenzen mit sich bringen. Dass die ehemalige Grenzregion zwischen
184 Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland heute so attraktiv und lebenswert ist,
185 sehen wir als Bestätigung und Auftrag zugleich.

186 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen für ein Rheinland-Pfalz, das seine
187 Weltoffenheit als große Zukunftschance versteht und allen entschieden entgegentritt, die
188 Ressentiments schüren oder sogar Hass predigen. Wir erwarten aber auch von der
189 Bundesregierung und der Europäischen Union, dass der Prozess der europäischen Einigung
190 gerade jetzt vorangetrieben und nicht zurückgedreht wird. Wir brauchen mehr Europa und
191 ein entschlosseneres Europa, das seiner internationalen Verantwortung nicht ausweicht.
192 Dazu zählt auch mehr Unterstützung für internationale Hilfsorganisationen und
193 insbesondere eine faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas.

194 Wir leben in Zeiten, in denen es auf die Verteidigung und Stärkung unserer Werte
195 ankommt. Es geht dabei immer auch um Offenheit für das Zusammenleben über
196 nationale, kulturelle und religiöse Unterschiede hinweg – auf der Basis unseres liberalen
197 Wertesystems und unseres Grundgesetzes. Die SPD hatte maßgeblichen Anteil daran, dass
198 sich unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht neu geöffnet
199 hat und Vorurteile gegen Minderheiten abgebaut wurden. Daran können wir jetzt
200 anknüpfen. In einer Enquete-Kommission wollen wir im Landtag und im Dialog mit allen
201 wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen über die neuen Herausforderungen bei der
202 Integration zugewanderter Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sprechen, damit
203 unser Land Rheinland-Pfalz auch in Zukunft stark ist durch seine Weltoffenheit und seinen
204 Zusammenhalt. Dabei werden wir mit innovativen Beteiligungsformen die gesamte
205 Gesellschaft in diese Zukunftsdiskussion einbinden.

206 Zugleich geht es im Alltag aber auch um engagierten Pragmatismus, um praktisches
207 Handeln zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen. Die SPD in Rheinland-Pfalz

208 steht für einen Kurs, der auf die schwer vorhersehbare Entwicklung der Flüchtlingszahlen
209 vernünftig und mit Augenmaß reagiert, ohne populistische Scheindebatten und mit Blick
210 auf das Machbare. Unser Land beweist dabei auch in schwierigen Situationen bei der
211 Flüchtlingsunterbringung immer wieder seine Bereitschaft zum Anpacken und zur
212 Solidarität. Tausende Freiwillige helfen hier bei der Versorgung der Flüchtlinge. Ihnen
213 gelten ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden unser Dank
214 und unsere Anerkennung, denn ohne ihren unermüdlichen Einsatz könnten wir die
215 gewaltige Aufgabe nicht schultern.

216 Unsere Gesellschaft wird sich über die Flüchtlingspolitik nicht entzweien. Klar ist aber
217 auch: Es gibt eine Kultur von Freiheit und Verantwortung, von Rechten und Pflichten, die
218 wir nicht aufgeben werden. Wir betrachten es als Selbstverständlichkeit, dass die
219 Menschen, die zu uns kommen, die deutsche Sprache erlernen. Grundprinzipien unseres
220 Zusammenlebens, wie sie in unserem Grundgesetz stehen, müssen alle einhalten. Dazu
221 gehört, dass Religion nicht über dem Gesetz steht, Frauen und Männer gleichberechtigt
222 sind, Homosexualität offen gelebt werden kann und der Staat das Gewaltmonopol hat.

223 Wer die Interessen der einen gegen die der anderen ausspielt, der setzt den Zusammenhalt
224 unserer Gesellschaft aufs Spiel. Das war immer schon so, und deshalb gibt es für uns auch
225 jetzt nur eine klare Antwort: Wir werden es nicht hinnehmen, dass Flüchtlinge gegen
226 Arbeitslose ausgespielt werden. Wir werden nicht Muslime gegen andere
227 Religionsgemeinschaften ausspielen. Wir werden nicht alte gegen neue Wohnungsmieter
228 ausspielen. Uns geht es darum, dass neues Zusammenleben gelingt. Für all das hat Malu
229 Dreyer einen Zukunftspakt für Deutschland vorgestellt. Bund, Länder und Kommunen
230 müssen an einem Strang ziehen, um die Kräfte zu bündeln und gemeinsam mit der
231 Zivilgesellschaft Integration gelingen zu lassen. Rheinland-Pfalz wird diese
232 Zusammenarbeit unter unserer Führung vorantreiben.

233 Die Vorstellung aktiver und selbstbewusster Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist im
234 sozialdemokratischen Politikverständnis tief verankert. Die Sozialdemokratie hat über 150
235 Jahre immer neue Wege gesucht, für alle Menschen die Teilhabe am Haben und Sagen zu
236 ermöglichen. Das fing an mit der Frage der Zugänge zu den wirtschaftlichen Ressourcen,
237 der immer aktuellen Frage des Aufstiegs durch Bildung und erweitert sich in der
238 Wissensgesellschaft um die Zugänge zur Information.

239 Teilhabe am Haben und Sagen ermöglichen: Darum geht es auch jetzt wieder. Wir stehen
240 für eine Gesellschaft, die jeden Menschen wertschätzt. Das kann nur miteinander und
241 nicht gegeneinander gelingen. Die SPD ist Expertin dafür.

242 Die SPD möchte Rheinland-Pfalz in eine gute Zukunft führen – mit Offenheit, mit Klarheit,
243 mit der Ausdauer und Freude daran, für Lösungen einzutreten, die alle mitnehmen. Ob

244 Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Familie, Gesundheit und Pflege, Demografie und
245 Digitalisierung. Mit diesem Programm zeigen wir, wie wir unsere Zukunft gestalten
246 wollen. Wir haben Lust auf Zukunft!

247

248 **IV. 50 GUTE ARGUMENTE FÜR DIE SPD**

249 **1. RHEINLAND-PFALZ BIETET, WONACH FAMILIEN SUCHEN**

250 Familien sind der Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass Familien sehr
251 unterschiedlich sein können. Verschiedene Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder
252 stehen nebeneinander: sei es die „traditionelle“ Ehe, die gleichgeschlechtliche
253 Partnerschaft, die Regenbogen- oder Patchwork-Familie oder Alleinerziehende. Das alles ist
254 Familie.

255 Heute ist es für Eltern nicht leicht, die eigene Arbeit mit der Erziehung der Kinder und
256 oftmals noch der Pflege von Angehörigen zu vereinen. Wir möchten, dass beide Elternteile
257 partnerschaftlich Beruf und Familie nach ihren Vorstellungen vereinbaren können, auch
258 weil sie die Gewissheit haben, dass ihre Kinder gute Betreuung erhalten. In unserer
259 alternden Gesellschaft wird zudem die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ein immer
260 wichtigeres Thema. Wir möchten aber auch Mut machen zur Familiengründung. Kinder
261 sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder bringen Freude und positive Impulse in
262 unser heutiges Leben.

263 Beim Ausbau von Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung steht Rheinland-Pfalz
264 bundesweit an der Spitze. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, die Qualität der
265 Einrichtungen weiter steigern und sie den Bedürfnissen der Familien anpassen. Wir
266 werden den Ausbau der Kindertagesstätten und die stetige Verbesserung der Qualität der
267 Einrichtungen gemeinsam mit den Kommunen weiter bedarfsgerecht vorantreiben.

268 Unsere Arbeits- und Berufswelt macht es notwendig, dass unsere Einrichtungen nicht nur
269 weiter ausgebaut, sondern auch flexibler gestaltet werden. Wir wollen die Öffnungszeiten
270 möglichst erweitern und weiter flexibilisieren, um den Bedürfnissen der Eltern
271 beispielsweise in Rand- und Ferienzeiten entgegenkommen zu können. Dazu zählt auch
272 ein Einstieg in Angebote während der Ferienzeiten. Familienunterstützende Maßnahmen,
273 die besonders auch Familien in schwierigen Lebenslagen helfen, werden wir
274 weiterentwickeln.

275 Wir wollen, dass sich der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz zum familienfreundlichsten
276 Arbeitgeber weiterentwickelt. Dazu werden wir den Beschäftigten des Landes schrittweise

277 ein beitragsfreies Vermittlungsangebot für vorhandene Kinderbetreuungs- und
278 Pflegeangebote unterbreiten. Auch halten wir die Einführung von Familientagen, die
279 Flexibilisierung des Freistellungsjahres, Familienarbeitszeitkonten und die
280 Berücksichtigung während der Familienzeit gesammelter Erfahrungen bei Einstellung für
281 wünschenswert.

282 Wir wollen, dass generationenübergreifende Familienpolitik überall in Rheinland-
283 Pfalz eine zentrale Rolle spielt. Insbesondere die Häuser der Familie sind hier zu nennen.
284 Insgesamt 42 Häuser der Familie sind inzwischen als zertifizierte Angebote in allen
285 rheinland-pfälzischen Landkreisen und kreisfreien Städten etabliert und damit ein
286 wichtiges Element der familienunterstützenden Infrastruktur in den Kommunen. Sie sind
287 Orte der intergenerationellen Begegnung und der verschiedensten Angebote für alle
288 Generationen.

289 Wir setzen uns dafür ein, dass die Familien in Deutschland finanziell gestärkt werden.
290 Kinder dürfen kein Armutsrisiko bedeuten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den
291 alleinerziehenden Müttern und Vätern. Gerade bei ihnen ist die Armutsgefährdung
292 besonders hoch. Wir begrüßen die in diesem Jahr vollzogene Erhöhung des steuerlichen
293 Entlastungsbetrags für Alleinerziehende, für die auch wir uns eingesetzt haben. In der
294 kommenden Legislaturperiode wollen wir uns im Bundesrat für die steuerliche Entlastung
295 aller Familien einsetzen und erreichen, dass das Ehegattensplitting zu einem
296 Familientarifsplitting weiterentwickelt wird. Zudem wollen wir das Kindergeld für das
297 dritte und jedes weitere Kind erhöhen.

298

299 **2. GEBÜHRENFREIE BILDUNG VON ANFANG AN**

300 Gebührenfreie Bildung ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Gesellschaft. Mit uns
301 haben alle Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz die gleichen Chancen und werden
302 individuell gefördert. Wir wissen, dass Bildung nicht nur zentrales Mittel ist, um soziale
303 Gerechtigkeit zu erreichen, sondern auch die beste Zukunftsinvestition.

304 Die Menschen in Rheinland-Pfalz können sich mit uns darauf verlassen: Bildung ist und
305 bleibt in unserem Land gebührenfrei. Wir sind stolz, dass Rheinland-Pfalz als einziges
306 Bundesland von der Kita ab dem zweiten Lebensjahr bis zur Hochschule allen Familien,
307 ihren Kindern und Jugendlichen gebührenfreie Bildung garantiert.

308 Wir wollen die Gebührenfreiheit schrittweise auf möglichst alle Bereiche der beruflichen
309 Bildung ausdehnen. Für die Altenpflegeausbildung ist es uns gelungen, die
310 Gebührenfreiheit durch ein Umlageverfahren zu ermöglichen. Dies streben wir auch in

311 anderen Berufsbildern des Gesundheitswesens an. Für uns ist klar: In einem sozial
312 gerechten und leistungsstarken Rheinland-Pfalz haben Gebühren und Beiträge keinen
313 Platz!

314

315 **3. SCHULEN MIT KLEINEN KLASSEN UND AUSREICHEND PERSONAL**

316 Unsere Schülerinnen und Schüler schneiden bei Leistungsvergleichen gut ab und liegen in
317 Ländervergleichen regelmäßig im oberen Drittel. Dies spornt uns an, die Qualität unseres
318 Bildungssystems –von der Kita bis zu den Hochschulen – weiter zu verbessern.

319 Unsere Schülerinnen und Schüler lernen unter guten Rahmenbedingungen. Wir sind das
320 Land der kleinen Klassen und der jungen Lehrerinnen und Lehrer. Unsere
321 Grundschülerinnen und Grundschüler haben die kleinsten Klassen bundesweit. Auch in
322 den weiterführenden Schulen, vor allem in den fünften und sechsten Klassen, liegen wir
323 im bundesweiten Vergleich ganz weit vorne. Diesen Standard werden wir halten und die
324 Qualität weiterentwickeln.

325 Zentral ist für uns eine gute Unterrichtsversorgung. Das bedeutet, dass der
326 Pflichtunterricht abgedeckt wird und wir auch genügend Personal für Stunden mit
327 gezielter Förderung und weiteren Angeboten für unsere Schülerinnen und Schüler zur
328 Verfügung haben. Wir sind hier schon große Schritte vorangekommen. Künftig erreichen
329 wir eine 100-Prozent-Unterrichtsversorgung.

330

331 **4. GUTE SCHULE DEN GANZEN TAG**

332 Rheinland-Pfalz ist das Land der Ganztagschulen. Bei uns ist schon jetzt mehr als jede
333 zweite Schule eine Ganztagschule. Damit garantieren wir jedem Kind einen
334 Ganztagschulplatz in erreichbarer Nähe und ermöglichen es den Eltern, Beruf und Familie
335 besser zu vereinbaren. Wir wollen, dass es künftig mehr zusätzliche Betreuung vor und
336 nach der Ganztagschule sowie in den Ferien gibt, um den Familien weiter passgenaue
337 Angebote anbieten zu können. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Schulträgern die
338 bisherigen Konzepte weiterentwickeln.

339

340

5. BESTE FÖRDERUNG FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN

341 Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler so fördern, dass sie ihre Talente optimal
342 entfalten können, auch damit sie einen guten Schulabschluss erreichen. Dafür spielen
343 neben den Lehrkräften auch pädagogische Fachkräfte und Angebote der
344 schulpsychologischen Beratung und Unterstützung sowie der Schulsozialarbeit eine
345 wichtige Rolle. Den schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit wollen wir deshalb
346 fortsetzen.

347 Bildung ist und bleibt für uns der Schlüssel zu einer gerechten Gesellschaft, in der alle ihre
348 Chancen zu Teilhabe und Aufstieg bekommen. Unser Bildungssystem muss durchlässig
349 bleiben und den Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungswegen ermöglichen,
350 um auf die individuellen Talente und Lebensentwicklungen flexibel eingehen zu können.
351 Durchlässigkeit, Aufstiegsorientierung und eine Kultur zweiter Chancen sind Eckpfeiler
352 unseres Bildungssystems. Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit des Bildungssystems
353 sind für uns zwei Seiten einer Medaille.

354 Wir gewährleisten gesetzlich das gemeinsame Lernen von behinderten und
355 nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen. Die Eltern entscheiden bei uns nach
356 eingehender Beratung, ob ihr Kind eine Schwerpunkt- oder eine Förderschule besuchen
357 soll. Wir wollen das Angebot an Schwerpunktschulen bedarfsgerecht weiter ausbauen. Wir
358 stellen zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung und bringen weitere Förder- und
359 Beratungszentren auf den Weg, die mit allen Schularten kooperieren und ihren
360 Sachverstand einbringen.

361 Wir setzen einen Schwerpunkt bei der Sprachförderung, denn dies ist die Grundlage für
362 alle weiteren Bildungschancen. Angesichts der Zuwanderung wird dabei speziell die
363 Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund immer wichtiger. Wir wollen
364 sicherstellen, dass alle nach Rheinland-Pfalz kommenden Flüchtlingskinder von Beginn an
365 in der deutschen Sprache unterrichtet und möglichst schnell in den regulären
366 Schulunterricht integriert werden.

367

368

6. WIR MACHEN UNSERE KINDER FIT FÜR DIE ZUKUNFT

369 Wir wollen, dass unsere Kinder als mündige, kritische und verantwortungsvolle Menschen
370 die Schule verlassen. Wir wollen, dass sie sich in unserer komplexen und global vernetzten
371 Arbeitswelt und Gesellschaft gut zurechtfinden. Deswegen ist ein kompetenter Umgang
372 mit dem Internet und den Neuen Medien unverzichtbar. Unser Programm
373 „Medienkompetenz macht Schule“ hat bereits Tausende Schülerinnen und Schüler erreicht

374 und findet bundesweit Beachtung. Schon jetzt erwerben viele Schülerinnen und Schüler
375 ein Zertifikat für Medienkompetenz. Wir wollen, dass in Zukunft alle Schülerinnen und
376 Schüler bis zum Abschluss der zehnten Klasse ein Medienkompetenz-Zertifikat erhalten.

377 Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und den Berufsweg
378 vorbereiten. Deswegen arbeiten wir bei der Berufswahl- und Studienorientierung eng mit
379 unseren Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den
380 Industrie- und Handelskammern zusammen. Wir haben mit ihnen 2015 das Projekt
381 „Kompetent in eigener Sache“ gestartet und für alle weiterbildenden Schulen einen
382 verbindlichen Tag der Berufs- und Studienorientierung etabliert. Damit informieren wir
383 alle Schülerinnen und Schüler im Unterricht über Studienmöglichkeiten und
384 Karrierechancen im dualen System. Durch unsere externen Partner wird die
385 Netzwerkbildung in den Schulen gestärkt und die Eltern werden vorbildlich mit
386 einbezogen. Diese Arbeit werden wir weiter stärken. Damit gilt: Kein Abschluss ohne
387 Anschluss.

388

389 7. HOHE QUALITÄT IM STUDIUM

390 Auch an unseren Hochschulen gilt: Wir stehen für Qualität, Gebührenfreiheit und
391 Durchlässigkeit. Allgemeine Studiengebühren wird es mit uns nicht geben.

392 Heute gibt es 10.000 Studierende mehr an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen als
393 noch vor zehn Jahren, und dennoch ist die Betreuungsrelation günstiger geworden. Wir
394 wollen die guten Studienbedingungen und das Betreuungsverhältnis weiter verbessern.
395 Wir befürworten ein landesweites Semesterticket und unterstützen die
396 Studierendenvertretungen und Zweckverbände auf dem Weg dorthin.

397 Wir stehen für eine dauerhafte und verlässliche Grundfinanzierung unserer Hochschulen
398 und wollen ihre Autonomie und Gestaltungsfreiheit weiter stärken. Den gestiegenen
399 Studierendenzahlen werden wir bei der Fortsetzung des Hochschulpakts Rechnung tragen.

400 Wir sind das Land der Meister und Master und brauchen auch Meister mit Master.
401 Deswegen haben wir unsere Hochschulen für beruflich Qualifizierte geöffnet. Die
402 Entscheidung für die berufliche Bildung ist bei uns somit keine Entscheidung mehr gegen
403 ein späteres Studium. Wir wollen den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte mit
404 einem Studienangebot öffnen, das ihren Bedürfnissen entspricht.

405 Durch berufsbegleitende Studienangebote wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und
406 Beruf weiter verbessern.

407

408 **8. EXZELLENZ UND INNOVATION IN DER FORSCHUNG**

409 In unseren Hochschulen wird die Zukunft erforscht, erdacht und gestaltet, und dabei
410 können die rheinland-pfälzischen Hochschulen im nationalen und internationalen
411 Vergleich gut bestehen.

412 Wir investieren mehr als eine Milliarde Euro im Jahr in unsere Hochschulen. Allein mit der
413 Forschungsinitiative wurde die Grundlagenforschung in den letzten vier Jahren mit 160
414 Millionen Euro gestärkt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, indem wir durch gezielte
415 Programme die Profilierung unserer Hochschulen und ihre Vernetzung mit den
416 leistungsstarken außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter voranbringen.

417 Die Universitätsmedizin in Mainz werden wir weiter mit gezielten Investitionen
418 unterstützen und so Forschung, Lehre und Krankenversorgung auf höchstem Niveau
419 ermöglichen.

420 Wir werden auch in Zukunft die Wissenschaftsallianzen fördern und die Zusammenarbeit
421 von Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft weiter vertiefen. Den erfolgreichen Weg
422 des Auf- und Ausbaus von Netzwerken und Clustern sowie der Ansiedlung neuer
423 Forschungsinstitute werden wir fortsetzen.

424

425 **9. PERSPEKTIVEN FÜR DEN WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHS**

426 Damit unsere Hochschulen weiter erfolgreich und leistungsfähig sind, müssen wir heute
427 wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnen. Wir wollen gerade jungen
428 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gute und dauerhafte Perspektiven bieten.
429 Dazu schaffen wir neue Arbeitsplätze und erhöhen den Anteil von dauerhafter
430 Beschäftigung beim wissenschaftlichen Nachwuchs. An den Universitäten werden wir
431 verstärkt sogenannte Tenure-Track-Positionen schaffen. Damit bekommen junge
432 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schon zum Zeitpunkt der Berufung die
433 Zusicherung auf eine Dauerstelle, wenn ihre Tätigkeit positiv bewertet wird. So eröffnen
434 wir frühzeitig planbare Karrierewege.

435

436

10. GESUNDHEIT UND PFLEGE: WIR SICHERN DIE MEDIZINISCHE VERSORGUNG

437 Die medizinische Versorgung für die Menschen in Rheinland-Pfalz ist auf einem hohen
438 Niveau und wohnortnah erreichbar. In den Städten, ihren Einzugsgebieten und den
439 Mittelzentren ist eine umfassende Versorgung mit Gesundheits- und
440 Pflegedienstleistungen bereits zukunftsfest. Vor allem im ländlichen Raum sind in den
441 kommenden Jahren zusätzliche Maßnahmen notwendig, weil diese Regionen oft
442 besonders von der Alterung der Gesellschaft und vom Bevölkerungsrückgang betroffen
443 sind. Deshalb wird das Modell der Gesundheitszentren, wie es der Sachverständigenrat im
444 Gesundheitswesen unterstützt, gefördert und umgesetzt. Unser Ziel ist, dass auch in
445 Zukunft alle Menschen in Rheinland-Pfalz, egal ob junge oder alte, ob auf dem Land oder in
446 der Stadt, eine gute medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte
447 und durch Krankenhäuser haben. Ein wichtiges Anliegen ist der Ausbau der Altersmedizin.
448 Hier können hochbetagte Menschen die medizinische und rehabilitative Behandlung
449 erhalten, die ihnen mehr Gesundheit und Lebensqualität ermöglicht.

450 Bei den Krankenhäusern kommt es stets auf eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der
451 Kapazitäten und der Qualität an. Rheinland-Pfalz hat ein hervorragendes
452 Versorgungsniveau, und wir haben gleichzeitig verhindert, dass dabei ländliche Regionen
453 abgehängt werden. Unser Ziel ist es, diesen Standard zu sichern und den Krankenhausplan
454 fortzuschreiben. Damit die Gesundheitsversorgung für alle Menschen bezahlbar bleibt und
455 die Kosten fair verteilt werden, setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für die
456 Einführung der Bürgerversicherung ein.

457 Um insbesondere die medizinische und pflegerische Versorgung in den ländlichen Räumen
458 zu sichern, werden wir das Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“
459 weiterführen. In Rheinland-Pfalz werden bereits neue Versorgungsmodelle im ländlichen
460 Raum geschaffen und die Vorteile der Telematik genutzt. Auch kleine ortsnahe
461 Krankenhäuser sind ein wichtiger Bestandteil einer guten und regionalen
462 Gesundheitsversorgung; gemeinsam mit den Krankenhausträgern werden wir Strukturen
463 schaffen, um sie auch in Zukunft zu sichern. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind
464 ebenfalls ein guter Weg zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum.
465 Gerade in Regionen mit geringer Bevölkerungszahl können zudem Zweig- und Filialpraxen
466 mögliche Lücken schließen. Dies werden wir unterstützen.

467 Wir möchten, dass die Menschen auf ihrem letzten Lebensabschnitt gut versorgt sind und
468 ihre Schmerzen gemindert werden. Rheinland-Pfalz hat deswegen als eines der ersten
469 Bundesländer die Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen
470 unterzeichnet. Damit wir sterbenden Menschen die Begleitung am Lebensende anbieten
471 können, die sie benötigen, fördern wir die Hospiz- und Palliativversorgung. Besonders

472 wichtig sind uns dabei die ambulanten Dienste, damit dem Wunsch vieler Menschen
473 entsprochen werden kann, an ihrem Lebensende in vertrauter Umgebung zu bleiben.

474

475 **11. HAUSÄRZTINNEN UND -ÄRZTE BLEIBEN DIE ERSTEN ANSPRECHPARTNER**

476 Wir möchten, dass auch in Zukunft die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher sein können,
477 dass es eine Hausärztin oder einen Hausarzt in ihrer Nähe gibt. Schließlich sind diese für
478 die meisten Patientinnen und Patienten erster Ansprechpartner, Vertrauensperson und
479 gleichermaßen Lotse im Gesundheitssystem. Das soll auch so bleiben. In den kommenden
480 Jahren werden viele Hausärzte in den Ruhestand gehen. Deswegen wollen wir in
481 Abstimmung mit den Akteuren im Gesundheitswesen zielgerichtete Maßnahmen gerade
482 für jüngere Hausärztinnen und Hausärzte schaffen, sich in Rheinland-Pfalz niederzulassen
483 oder eine angestellte Tätigkeit aufzunehmen.

484 Ein wichtiger Erfolg ist für uns die Einrichtung eines Lehrstuhls für Allgemeinmedizin an
485 der Universitätsmedizin Mainz. Wir werden den „Masterplan zur Stärkung der
486 ambulanten hausärztlichen Versorgung“ gemeinsam mit unseren Partnerinnen und
487 Partnern weiter umsetzen und den Landeszuschuss zur Niederlassung von Hausärztinnen
488 und -ärzten in gering versorgten, meist ländlichen Gebieten fortführen und nach
489 Möglichkeit erhöhen. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit wir Medizinstudierende
490 fördern können, die zusagen, dass sie nach ihrem Studium eine mindestens fünfjährige
491 Tätigkeit als Hausarzt oder Hausärztin aufnehmen.

492 Wir werden gezielt Arztpraxen an angestellte Ärztinnen und Ärzte vermieten. Damit
493 können wir eine angestrebte Selbstständigkeit der Hausärztinnen und -ärzte nach der
494 Anstellung fördern. Wir wollen neue, attraktive Arbeitsformen gerade für junge Ärztinnen
495 und Ärzte unterstützen, die es ihnen erlauben, Familie und Beruf besser zu vereinbaren
496 und ihre Arbeitszeit flexibler zu gestalten.

497 Wir wollen, dass qualifizierten medizinischen Fachkräften mehr ärztliche Aufgaben
498 übertragen werden können, um Hausärztinnen und -ärzte zu entlasten. Deswegen wollen
499 wir Delegationsprojekte – beispielsweise durch Versorgungsassistentinnen und
500 -assistenten in Hausarztpraxen – ausbauen.

501

502 **12. GUTE PFLEGE IST EIN GRUNDRECHT**

503 In Rheinland-Pfalz sollen die Menschen im Alter gut versorgt sein. Dafür stehen unsere
504 Pflegestützpunkte im ganzen Land, die ambulanten und stationären Pflegedienste und

505 unsere GemeindeschwesterPlus. Auch dafür wurde Ministerpräsidentin Malu Dreyer 2015
506 der Deutsche Pflegepreis verliehen. Die meisten Menschen werden heute weit älter als die
507 Generationen vor uns. Das ist für uns alle ein großes Glück. Nicht jeder und jede wird dabei
508 auf Pflege angewiesen sein. Dennoch wird der Unterstützungs- und Pflegebedarf steigen.
509 Gute Pflege ist für uns eine Grundpflicht der Gesellschaft und ein Grundrecht jedes
510 Menschen.

511 Dieses Grundrecht muss für die Zukunft gesichert werden. Wir werden die ambulante
512 Pflege weiter stärken. Schließlich möchten die meisten Menschen am liebsten zu Hause
513 gepflegt werden. Wir werden uns für eine stärkere Kooperation und Arbeitsteilung in der
514 medizinischen und pflegerischen Versorgung einsetzen. Die Medizinischen
515 Versorgungszentren werden wir dazu um die Zuständigkeit für die Pflege erweitern.

516 Wir werden gemeinsam mit den Pflegekassen und den Kommunen die Pflegeinfrastruktur
517 vor Ort weiterentwickeln. Unsere Pflegestützpunkte und die Beratungs- und
518 Koordinierungsarbeit in den Quartieren sind ein wichtiges Rückgrat, sie wollen wir
519 stärken. Die Tagespflege zur Entlastung der Angehörigen und zur Stärkung der Teilhabe
520 der Menschen mit Pflegebedarf wollen wir weiter ausbauen.

521 Wir wollen die stationären Pflegeeinrichtungen gemeinsam mit den Trägern
522 weiterentwickeln, um neue Versorgungs- und Betreuungskonzepte, die vielfach erprobt
523 wurden, nutzen zu können. Mit der Reform des Landeswohnformen- und Teilhabegesetzes
524 haben wir bereits einen Mentalitätswechsel angestoßen, der weitergehen muss.

525 Mit unseren Pflege-Strukturen sind wir heute schon bundesweit spitze. Wir wollen aber,
526 dass alle Menschen, wenn der Pflegefall eintritt, schnell ihren Anspruch auf gute Pflege
527 umsetzen können. Schließen haben viele Menschen Sorge, was passiert, wenn sie selber,
528 ihre Partnerin, ihr Partner oder ihre Eltern von einem Tag auf den anderen pflegebedürftig
529 werden. Vieles muss entschieden und organisiert werden. Dazu haben die meisten weder
530 das Wissen noch die Zeit.

531 Künftig soll in Rheinland-Pfalz jeder ältere Mensch, jeder Sohn, jede Tochter die Sicherheit
532 haben: Wenn Pflegebedürftigkeit in der Familie eintritt, bekommen sie einen Helfer zur
533 Seite gestellt: Sie haben Anspruch auf einen Persönlichen Pflege-Manager.

534 Dieses Versprechen werden wir umsetzen, indem wir unsere Pflegestützpunkte aufwerten.
535 Sie bekommen mehr Personal und mehr Kompetenzen. Die Menschen, die dort arbeiten,
536 werden zu Persönlichen Pflege-Managern. Wenn ein Pflegefall eintritt, kommen sie und
537 besprechen, was zu tun ist. Sie sind Pflege-Expertinnen und -Experten und kennen die
538 Verhältnisse vor Ort, die Ansprechpartnerinnen und -partner und die richtigen Wege.

539 Menschen, die Pflege brauchen, können ihnen Kompetenzen übertragen, alles Notwendige
540 zügig zu regeln. Dies werden wir ab 2016 schrittweise umsetzen.

541 Menschen mit Demenzerkrankungen und ihre Angehörigen brauchen besondere
542 Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wir werden deshalb die Empfehlungen des
543 Expertenforums Demenz bei uns im Land umsetzen. Dazu wollen wir unter anderem
544 Anreize schaffen, dass die unterschiedlichen Leistungsanbieter besser kooperieren können
545 und die Qualität ihre Arbeit noch weiter verbessert werden kann.

546 Damit die Menschen erst zu einem möglichst späten Zeitpunkt pflegebedürftig sind,
547 werden wir die präventive Arbeit stärken. Mit der Gemeindegewerkschaft Plus haben wir ein
548 neues Angebot für hochbetagte Menschen geschaffen, die noch keine Pflege brauchen,
549 sondern Unterstützung und Beratung. Die Gemeindegewerkschaft Plus kümmert sich um die
550 Menschen zu Hause und berät sie. Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

551

552 **13. GUTE LÖHNE FÜR FACHKRÄFTE IN SOZIALEN BERUFEN**

553 Gute Pflege und gute medizinische Versorgung brauchen qualifizierte Fachkräfte. Unsere
554 Pflegekräfte, die Krankenschwestern, Physiotherapeuten und alle anderen Beschäftigten
555 in den Gesundheitsberufen leisten einen Knochenjob. Dafür brauchen sie nicht nur unsere
556 Anerkennung, sondern sie haben einen Anspruch auf gute und gerecht bezahlte Arbeit.
557 Nur wenn wir ausreichend Fachkräfte in diesen Berufen haben, werden wir in Zukunft
558 flächendeckend gute Versorgungsangebote sichern können. Dafür werden wir sorgen.

559 Wir haben als erstes Bundesland eine Pflegekammer eingeführt. Damit haben wir eine
560 institutionalisierte Interessenvertretung für alle Pflegekräfte im Land geschaffen und sie
561 damit deutlich gestärkt.

562 Im Rahmen des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege 2020“, der
563 Fachkräftestrategie und der Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege haben wir
564 wichtige Weichen gestellt. Diesen Weg werden wir fortführen. Wir werden uns weiter für
565 eine fachlich breite Ausbildung in der Pflege einsetzen. Um die Attraktivität des
566 Pflegeberufs weiter zu erhöhen, machen wir uns für eine zusätzliche duale
567 Pflegeausbildung stark.

568 Wir wissen, dass wir auch Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU benötigen, um den
569 künftigen Fachkräftebedarf in der Pflege zu decken. Diese Menschen wollen wir gut
570 integrieren und weiterqualifizieren, beispielsweise durch Sprachkurse und
571 Nachschulungsprogramme.

572 Im Interesse der Fachkräftesicherung wollen wir weiter am schrittweisen Aufbau der
573 Anzahl schulgeldfreier Physiotherapeutenschulen gemäß dem Ausbildungsstättenplan
574 arbeiten.

575

576 **14. MEHR AUFMERKSAMKEIT FÜR WOHNEN IM ALTER**

577 Die Menschen bleiben heutzutage auch im Alter länger vital und fit. Sie arbeiten,
578 engagieren sich und sind ein lebendiger Teil unserer Gesellschaft. Das ist ein großes Glück.
579 Wir möchten, dass sie möglichst lange selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben
580 können und nicht alleine sind. Schließlich wird die Zahl der Großfamilien geringer, und
581 oftmals arbeiten und leben die Kinder weit entfernt.

582 Wir setzen hier auch auf neue Wohnformen wie Mehrgenerationenprojekte und Pflege-
583 Wohngruppen sowie auf die Förderung eines generationengerechten Wohnens. Gerade
584 dort, wo Menschen nicht mehr alleine in ihrer eigenen Wohnung leben können oder
585 wollen, können Wohngemeinschaften eine Alternative sein. Mit dem Programm
586 WohnPunkt unterstützt die Landesregierung bereits heute den Ausbau ambulanter
587 Wohngemeinschaften und die Bildung von Wohngenossenschaften, insbesondere in
588 kleinen Ortschaften. Dies wollen wir stärken. Außerdem wollen wir die bestehenden
589 Beratungsangebote zum barrierefreien Wohnen und zum PflegeWohnen noch stärker
590 aufeinander abstimmen.

591 Um die Nachbarschaften zu fördern, brauchen wir aktive Kommunen. Deshalb wollen wir
592 unsere Kommunen durch die Fortführung der Servicestelle „Kommunale
593 Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung“ unterstützen, zeitgemäße
594 Pflegestrukturen vor Ort zu schaffen und zu entwickeln.

595

596 **15. GUT UND BEZAHLBAR: WOHNEN IN RHEINLAND-PFALZ**

597 Der demografische Wandel beeinflusst die zukünftige Wohnsituation sowohl in
598 städtischen als auch in den ländlichen Regionen. Vor allem muss es in den Städten auch
599 mit geringeren Einkommen möglich sein, zur Miete zu wohnen. Deswegen setzen wir uns
600 für bezahlbare Mieten in den Ballungszentren ein. In Rheinland-Pfalz gelten die
601 Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze. In den eher ländlichen Gebieten sorgen wir
602 dafür, dass Wohnen dort weiterhin attraktiv bleibt. Wenn sich die Bevölkerungsstruktur
603 ändert, müssen wir dazu passende Wohnformen überall in Rheinland-Pfalz anbieten. Zum
604 anderen müssen wir aber auch – unter Wahrung der kommunalen Planungshoheit –

605 überall ausreichend bezahlbare Wohnangebote gerade für Familien bereitstellen. Auf dem
606 Land muss es dazu genauso wie in den Städten eine familiengerechte Infrastruktur geben.
607 Aber auch moderne gemeinsame Wohnformen können dazu beitragen, dass Wohnen in
608 den ländlichen Regionen interessant bleibt. Mit dem Programm „Mehr Mitte bitte“ stärken
609 wir die Ortskerne.

610 Wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. Mit der Förderung von 4.200
611 neuen Wohnungen in unserem Land setzen wir bereits 2016 einen klaren Akzent. Diese
612 Politik werden wir ausbauen und verstetigen. Unsere Programme leisten einen flexiblen
613 Beitrag, indem sie den jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Zugleich muss beim
614 Wohnungsneubau angesichts einer älter werdenden Gesellschaft verstärkt auf
615 barrierefreie Wohnangebote gesetzt werden. Auch im privaten Wohnungsbau muss
616 Barrierefreiheit eine sehr viel stärkere Rolle spielen.

617

618 **16. RHEINLAND-PFALZ IST EINWANDERUNGSLAND**

619 Wir wollen die Chancen der Zuwanderung für Rheinland-Pfalz nutzen. Es sind
620 wirtschaftliche Chancen, denn wir brauchen auch Fachkräfte von außen. Es sind soziale
621 Chancen, denn in vielen Bereichen –insbesondere den Pflegeberufen – können Menschen
622 aus anderen Ländern mithelfen, unser Land zu gestalten. Es können sich aus der Öffnung
623 für das Zusammenleben mit Menschen aus anderen Regionen aber auch kulturelle und
624 innovative Impulse entwickeln, die unsere Gesellschaft insgesamt zukunftsfähiger
625 machen.

626 Nicht alle, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, haben ein Bleiberecht – und sie müssen
627 uns schnell wieder verlassen. Wir setzen dabei möglichst auf freiwillige Rückkehr in die
628 Herkunftsländer. Viele werden uns später wieder verlassen, wenn der Grund ihrer Flucht
629 weggefallen ist. Viele werden aber dauerhaft bleiben. Wir wollen auch für sie Rheinland-
630 Pfalz aktiv als ein attraktives Einwanderungsland gestalten.

631 Auf Landesebene haben wir durch die Schaffung eines eigenen Ministeriums die
632 administrativen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Aufenthalts- und
633 Einbürgerungsfragen sowie soziale Integration aus einer Hand gesteuert werden. Aber
634 Zuwanderung erfordert Regeln, insbesondere bei qualifizierten Fachkräften außerhalb der
635 Notaufnahme als Flüchtlinge. Wir haben daher eine Bundesratsinitiative für ein modernes
636 Einwanderungsrecht gestartet. Und wir wollen die Einbürgerung in Deutschland
637 erleichtern, denn viele Menschen mit Migrationsgeschichte sind längst integriert, und sie
638 sollten dann auch in rechtlichem Sinne Deutsche werden. Die Einbürgerungskampagne
639 des Landes wollen wir fortsetzen.

640 Durch die mit den Industrie- und Handelskammern konzipierten und von diesen
641 betriebenen Welcome-Centern ist ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung für
642 qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer erreicht. Wir wollen die Kommunen in
643 ihren Anstrengungen unterstützen, ihre Migrations- und Integrationspolitik im Sinne
644 einer kommunalen Willkommenskultur weiterzuentwickeln.

645 Um eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, beginnt das Land,
646 schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen die schulischen und beruflichen Kompetenzen
647 zu erfassen und die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten. Der von der
648 Landesregierung initiierte Beschäftigungspilot wird Flüchtlinge auch nach der Zuteilung
649 auf die Kommunen auf dem Weg in Ausbildung und Beruf begleiten.

650 Mit den Verabredungen am Ovalen Tisch der Ministerpräsidentin ist Rheinland-Pfalz
651 Vorbildland für den Zukunftspakt für Deutschland. Beispielsweise gibt es bei uns eine
652 Chancengarantie für alle Asylsuchenden und Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive.
653 Somit ermöglichen wir allen eine berufliche Perspektive in unserem Land.

654 Zur interkulturellen Öffnung gehört es auch, dass der Anteil der Menschen mit
655 Migrationshintergrund in den öffentlichen Verwaltungen, in Schulen und bei der Polizei
656 deutlich erhöht wird. Um die politische Integration zu stärken, werden wir weiter für ein
657 kommunales Wahlrecht für alle eintreten, also auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -
658 Bürger.

659 Den Herkunftssprachenunterricht führen wir fort. Herkunftssprachen wichtiger
660 Migranten-Communities werden wir verstärkt als Fremdsprache in den Schulen anbieten.

661 Vorhandene Modellangebote zum islamischen Religionsunterricht werden wir in
662 Abstimmung mit den anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften stufenweise in
663 einen regulären islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Aufsicht und mit in
664 Deutschland ausgebildeten Lehrkräften überführen. Den Dialog mit den muslimischen
665 Verbänden werden wir fortsetzen.

666

667 **17. HUMANE FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK**

668 Wir richten unsere Flüchtlings- und Asylpolitik an humanitären Gesichtspunkten aus. Für
669 die Lösung der humanitären Fragen der Flüchtlingspolitik brauchen wir eine
670 gesamteuropäische Konzeption. Dazu gehört auch ein System der Verteilung von
671 Flüchtlingen innerhalb möglichst aller europäischen Länder. Die vielfältigen außen-,
672 wirtschafts-, handels- und umweltpolitischen Fluchtursachen müssen international

673 bekämpft werden. Flüchtlinge und Asylsuchende, bei denen die Verfahren ergeben, dass
674 sie nicht in Deutschland bleiben können, müssen das Land verlassen. Wir setzen dabei
675 vorrangig auf freiwillige Rückkehr.

676 In Rheinland-Pfalz schaffen wir im Schulterschluss mit den Kommunen und mit den
677 zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen eine Atmosphäre des Willkommenseins und der
678 Unterstützung von Flüchtlingen. Wir unterstützen die Kommunen – von der
679 Wohnraumbeschaffung bis hin zur Unterstützung von Flüchtlingskindern in Kitas und
680 Schulen. Mit der landesweiten Koordinierungsstelle und zusätzlichen finanziellen Mitteln
681 haben wir die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen gestärkt. Mit der Abschaffung der
682 Residenzpflicht, dem starken Ausbau der Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen des
683 Landes, dem Aufbau von Sprachkursangeboten, der Ausweitung der Beratungsangebote
684 und dem Aufbau einer psychosozialen Beratung sind im Flüchtlingsbereich sehr wichtige
685 Maßnahmen ergriffen worden.

686 Durch die Einigung bei der Finanzierung von Aufnahme, Unterbringung und Betreuung
687 von Flüchtlingen besteht nun stärkere Planungssicherheit für die Kommunen.

688 Wir wollen, dass in Rheinland-Pfalz Integration gelingt. Deshalb werden wir alle
689 Hilfsmaßnahmen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Wir werden Projekte
690 vorantreiben, die den Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt verbessern. Das
691 verabschiedete Integrationskonzept der Landesregierung werden wir umsetzen und
692 weiterentwickeln. Mit der Erfassung der Qualifikationen von Asylsuchenden in den
693 Erstaufnahmeeinrichtungen und anschließenden Nachqualifikationen und
694 Sprachangeboten ist hier ein wichtiger Schritt gemacht worden. Wir setzen uns für ein
695 verbessertes Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ein, die hier eine Ausbildung beginnen.

696

697 **18. WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG GEMEINSAM SICHERN**

698 Der Erhalt und die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze ist ein grundlegendes Ziel der
699 SPD in Rheinland-Pfalz. Wir stehen für gute Rahmenbedingungen und einen klaren
700 Anspruch: Soziale Gerechtigkeit und ökonomische Vernunft verbinden – gemeinsam mit
701 den Sozialpartnern von Kammern, Verbänden und Gewerkschaften. Wirtschaft braucht
702 dabei Regeln, aber keine überflüssigen. So sichern wir gute Arbeit und gute Bedingungen
703 für die Unternehmen. Wir nehmen den Bürokratieabbau ernst. Welcome Center,
704 Fachkräftestrategie, schnelle Genehmigungen, die Aufwertung der Innenstadtlagen,
705 unsere Bemühungen für die Breitband- und Verkehrsinfrastruktur: Das alles sind Impulse
706 für den Mittelstand.

707 Unser Ziel ist es, unnötige bürokratische Belastungen zu vermeiden, speziell für kleine und
708 mittlere Betriebe. Mit dem neuen Mittelstandsförderungsgesetz haben wir dafür bereits
709 die Grundlage gebildet. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung und stellen noch mehr
710 auf elektronische Verfahren um.

711

712 19. INNOVATIONEN FÜR EINE STARKE WIRTSCHAFT

713 Wir wollen die Chancen durch neue technologische Entwicklungen und neu entstehende
714 und sich verändernde Märkte nutzen. Innovationen von heute sind die ökonomischen
715 Chancen von morgen. Wir stehen dafür, dass Rheinland-Pfalz führender
716 Innovationsstandort bleibt und für die junge, internetaffine Gründerszene noch attraktiver
717 wird („Start-up-Land“). Bei Neugründungen liegt unser Land unter den Flächenländern auf
718 Platz eins. Mit einer Dachmarke „Gründerland Rheinland-Pfalz“ schaffen wir eine
719 Werbemarke für alle gründungsrelevanten Initiativen. Technologiegründerinnen und
720 -gründer sowie junge, innovative Unternehmen begleiten wir durch die Einrichtung von
721 „Start-up-Lotsen“. Dabei gilt immer: Starke Industrie und junge, kreative Unternehmen
722 sind kein Gegensatz. Sie stärken sich gegenseitig. Wir setzen deshalb auf die
723 Zusammenarbeit zwischen unseren etablierten Unternehmen und den jungen Start-ups.

724 Bei unserer Wirtschaftsstruktur ist klar: Die Innovationsförderung ist auf die Situation von
725 kleineren und mittleren Unternehmen zugeschnitten. Dazu gehört auch, Mittelstand und
726 Handwerk bei ihren Betriebsübergaben zu unterstützen. Wir verstärken den
727 Wissenstransfer. In einem Netzwerk mit den Wirtschaftsverbänden und den
728 wissenschaftlichen Einrichtungen werden wir die vorhandenen Technologiezentren des
729 Landes schwerpunktbezogen ausbauen. Transferbeauftragte verbinden Wissenschaft und
730 Wirtschaft. Zudem etablieren wir ein zentrales Innovationsportal als zentrale Anlaufstelle
731 im Internet. Mit dem Aufbau eines landesweiten Kompetenzzentrums „Smart Services“ für
732 produktionsnahe Dienstleistungen zur Digitalisierung und eines landesweiten Netzwerks
733 „Handel Digital“ schaffen wir Angebote für mittelständische Handelsunternehmen und
734 Einzelhändler für die Herausforderung der digitalen Wirtschaft. Wir schaffen ein Netzwerk
735 Maschinenbau und Produktionstechnik und stärken somit diesen wichtigen Bereich
736 unserer Wirtschaft mit dem Ziel, den Leitmarkt des Maschinen- und Anlagenbaus in
737 Rheinland-Pfalz auszubauen. Mit regionalen Wagniskapitalfonds binden wir verstärkt
738 privates Kapital mit ein. Neue Formen der Unternehmensfinanzierung werden an
739 Bedeutung gewinnen (zum Beispiel Crowdfunding). Rheinland-Pfalz muss sein
740 Beratungsangebot hier ergänzen. Die Etablierung eines Kompetenzzentrums bei der ISB
741 werden wir prüfen.

742

743 20. DREI SÄULEN UNSERER WIRTSCHAFT: INDUSTRIE, MITTELSTAND, HANDWERK

744 Die Industrie ist und bleibt zentraler Impulsgeber für den wirtschaftlichen Erfolg von
745 Rheinland-Pfalz. Wir stehen für eine aktive Industriepolitik. Wir werden den
746 Industriedialog fortsetzen und die Umsetzung der gemeinsam mit den Verbänden und
747 Gewerkschaften entwickelten Maßnahmenpakete mit Nachdruck betreiben. Gemeinsam
748 mit der Wirtschaft starten wir einen Dialog zur Digitalisierung und Industrie 4.0. Mit
749 landesweiten Anlaufstellen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) helfen wir bei der
750 Ausrichtung auf die digitalen Herausforderungen. Auf bestehende Angebote wollen wir
751 dabei aufbauen. Mit uns wird die IT-Sicherheitskampagne für KMU in Rheinland-Pfalz
752 fortgeführt.

753 Die Chemie- und Pharmaindustrie vernetzen wir durch einen Fachdialog. Wir entwickeln
754 ein Logistiknetzwerk. Die Logistik ist nicht nur ein Beschäftigungsfaktor, sondern auch ein
755 wichtiger Standortfaktor.

756 Wir stellen unsere Mittelstands- und Handwerksförderung in der nächsten
757 Legislaturperiode neu auf: Digitalisierung, Demografie, Energiewende und Globalisierung
758 – auf diese gesellschaftlichen Trends braucht es immer wieder neue Antworten, gerade im
759 Mittelstand. Unser Land ist wie kaum ein anderes durch erfolgreiche Mittelständler und
760 Handwerksbetriebe geprägt – sie sind Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs, für gute
761 Arbeit und Wohlstand mit Zukunft. Gemeinsam mit der Wirtschaft entwickeln wir das
762 Programm „Mittelstandsförderung 2020“. Wir setzen uns im Handwerk dafür ein, dass der
763 Bau und die Ausstattung überbetrieblicher Lehrlingswerkstätten auch künftig den
764 Erfordernissen entsprechen. Darüber hinaus wollen wir die Existenzgründungen im
765 Bereich des Handwerks – insbesondere von Frauen – weiter unterstützen und
766 Innovationen im Handwerk gezielt fördern.

767 Mit dem Schwerpunkt „Das Handwerk ist weiblich“ wollen wir vermehrt Frauen
768 ansprechen. Damit unterstützen wir die Handwerkskammern, junge Frauen gerade für
769 technische und techniknahe Berufe im Handwerk zu begeistern. Es gilt, das Interesse für
770 die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer früher zu wecken. Schon im Bereich der
771 Kindertagesstätten und der Grundschulen kann hier mehr getan werden, auch um
772 geschlechtsspezifische Muster späterer Berufswahl- oder Studienentscheidungen zu
773 korrigieren.

774

775

21. DUALE AUSBILDUNG IST UNSER STANDORTVORTEIL

776 Wir stehen für eine frühzeitige und umfassende Berufsorientierung in allgemeinbildenden
777 Schulen. Die duale Ausbildung und der Meisterbrief gehören zusammen, sie bleiben unsere
778 Erfolgsmodelle. Gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern in der beruflichen
779 Bildung setzen wir mit dem Projekt „Kompetent in eigener Sache“ verbindliche Standards
780 der Beratung und Information. Mit dem Modellprojekt „BS20 – Berufsschule 2020“
781 erproben wir innovative Modelle zur Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen und
782 sichern die duale Ausbildung in der Fläche.

783 Gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern legen wir ein Stärkungsprogramm für
784 die Berufsbildung auf. Wir werden die Zahl der in Rheinland-Pfalz angebotenen dualen
785 Studiengänge erhöhen. Insbesondere in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften,
786 Maschinenbau und Elektrotechnik wird das Angebot bis 2021 kontinuierlich erweitert.

787

788

22. FACHKRÄFTE SICHERN – MEHR LEHRSTELLEN ANBIETEN

789 Der Fachkräftesicherung kommt angesichts des demografischen Wandels eine immer
790 größer werdende Bedeutung zu. Malu Dreyer hat mit den Partnern aus Wirtschaft,
791 Gewerkschaften und Politik die Fachkräftestrategie des Landes mit mehr als 200
792 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht.

793 Unsere Unternehmen sind auf erstklassig ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
794 angewiesen, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Neben der dualen
795 Erstausbildung spielt für uns das „lebenslange Lernen“ durch ständige Fort- und
796 Weiterbildung, die von uns verstärkt gefördert wird, eine wichtige Rolle.

797 Gerade angesichts der Zuwanderung vieler jüngerer Menschen ergibt sich jetzt die Chance,
798 die Fachkräfteausbildung in unseren rheinland-pfälzischen Betrieben deutlich
799 auszubauen. Die Wirtschaft betont zu Recht, dass sich hier neue Perspektiven ergeben. Wir
800 gehen aber auch den erfolgreichen Weg des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin weiter:
801 Es geht darum, gemeinsam verstärkt für alle Jugendlichen Lehrstellen anzubieten. Bei
802 Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationsgeschichte ist auch zu prüfen, welche
803 zusätzlichen Integrationshilfen es geben kann, zum Beispiel durch ausbildungsbegleitende
804 Hilfestellungen zum Vermeiden von Ausbildungsabbrüchen.

805

23. DIE ENERGIEWENDE VOLLENDEN

807 Mit der Vollendung der Energiewende bis 2050 gestalten wir den sozial-ökologischen
808 Wandel. Diese dringend nötige Energiewende muss für die Wirtschaftsunternehmen sowie
809 für die privaten Haushalte und Kommunen finanzierbar bleiben. Bis zum Jahr 2030 wird
810 der Strombedarf des Landes bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt.
811 Für uns ist klar: Die Energiewende gelingt mit dem Dreiklang „Energieeinsparung –
812 Energieeffizienz – Erneuerbare Energien“.

813 Wir stärken die Dezentralisierung der Energieversorgung und dabei insbesondere die
814 Hocheffizienztechnologie Nummer eins: Kraft-Wärme-Kopplung als Bindeglied von Strom-
815 und Wärmeerzeugung. Wir fördern innovative Speichertechnologien (Batterien, Power to
816 Gas, Power to Heat, Pumpspeicher etc.).

817 Bei der Sanierung öffentlicher Gebäude sollen die öffentlichen Eigentümer durch den
818 Einbau moderner Eigenversorgungsanlagen mit gutem Beispiel vorangehen. Für den
819 privaten Bereich werden wir entsprechende Beratungsangebote gemeinsam mit der
820 Verbraucherzentrale, der Energieagentur, den Hochschulen und allen weiteren Akteuren
821 auflegen.

822 Bei der umweltfreundlichen Stromerzeugung muss die Windkraft eine zentrale Rolle
823 spielen. Allerdings müssen wir darauf achten, dass sie nur in Vereinbarkeit mit dem
824 Landschafts- und Naturschutz sowie dem Schutz der Kulturlandschaft erfolgen kann.
825 Hinsichtlich der Photovoltaik wollen wir eine verstärkte dezentrale Nutzung auf privaten,
826 gewerblichen und öffentlichen Dächern in Verbindung mit Stromspeichern erreichen und
827 deshalb bei der nächsten EEG-Novelle verbesserte Bedingungen für die Eigenstromnutzung
828 durchsetzen.

829 Wir unterstützen neben der verstärkten Nutzung der Solarthermie die Bioenergienutzung
830 in Verbindung mit Nahwärmenetzen zur Versorgung von Gemeinden, Wohnquartieren
831 und öffentlichen Gebäuden. Wir unterstützen das bundespolitische Ziel eines 25-Prozent-
832 Anteils der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung, gerade mit Blick
833 auf ihre Ausgleichsfunktion angesichts der in der Leistung fluktuierenden erneuerbaren
834 Energien. Wir werden uns für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen im Kraft-
835 Wärme-Kopplungs-Gesetz einsetzen.

836 Im Sinne des Klimaschutzes brauchen wir neben einer umweltfreundlicheren
837 Stromerzeugung vor allem mehr Energieeinsparung und Energieeffizienz. Dies gilt
838 insbesondere mit Blick auf Heiz- und Warmwasserversorgung. Wir wollen unser breit
839 angelegtes, umsetzungsorientiertes Beratungsprogramm zur Realisierung von
840 Energieeinsparungen in allen Verbrauchssektoren ausbauen, bei dem die Energieagentur,

841 die Verbraucherzentrale und das Handwerk einbezogen werden. Wir werden eine
842 Effizienzoffensive in Zusammenarbeit mit Hochschulexperten und der Energieagentur
843 Rheinland-Pfalz starten. Wir werden uns für ein leistungsfähiges Effizienzförderprogramm
844 des Bundes starkmachen und die Vorbildfunktion des öffentlichen Bereichs für
845 Energieeffizienz konsequent wahrnehmen.

846 Im Flächenland Rheinland-Pfalz sind energieautarke kommunale Lösungen, gerade vor
847 dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Versorgungsaufgabe im
848 ländlichen Raum, für das Gelingen der Energiewende besonders interessant und
849 notwendig. Wo Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kommune diesen Weg gehen wollen,
850 werden wir sie im Rahmen der landespolitischen Kompetenzen unterstützen.

851 Wir werden ein Programm „Energieautarke Gemeinden“ auflegen. Mit Kreisverwaltungen,
852 Genehmigungsbehörden, dem Landesbetrieb Mobilität und der Energiewirtschaft werden
853 wir eine Informationsplattform entwickeln, um Gemeinden entsprechend zu unterstützen
854 und frühzeitig Hilfestellung zu leisten.

855

856 **24. WIR STEHEN FÜR MOBILITÄT – RHEINLAND-PFALZ SETZT AUF KLUGEN** 857 **VERKEHRS-MIX**

858 Mobilität als Ausdruck individueller Freiheit sowie der schnelle Transport von Waren und
859 Gütern: Beides ist Grundlage eines modernen Gemeinwesens. Investitionen in die
860 Verkehrsinfrastruktur gehören deshalb zu den wichtigsten Zukunftsinvestitionen in den
861 Wirtschaftsstandort.

862 Wir haben bereits ein dichtes Straßennetz und viele erstklassige Bahnverbindungen.
863 Dennoch stellt sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der
864 Schuldenbremse in Land und Bund die Frage, wie zukunftsfähige Verkehrs- und
865 Mobilitätskonzepte vor allem in ländlichen Regionen in Zukunft finanziert werden
866 können.

867 Mobilität der Zukunft, das ist vor allem die kluge Verbindung von Individual- und
868 öffentlichem Personenverkehr. Konkret: Wir setzen auf die effektive Verbindung von
869 Fahrrad, Auto, Bus, Straßenbahn, Lkw und Zug. Asphalt und Schiene sind kein Gegensatz:
870 Nur mit einem klugen Mix und unter Einsatz neuer technischer Möglichkeiten wird es
871 gelingen, sichere, schnelle und umweltverträgliche Mobilitätsangebote in ganz Rheinland-
872 Pfalz zu garantieren.

873 Dabei wollen wir in der kommenden Legislaturperiode neue Wege gehen. Durch moderne
874 Konzepte werden wir den ÖPNV in der Fläche stärken. Die verschiedenen ÖPNV-Angebote
875 müssen besser aufeinander abgestimmt und barrierefrei werden. Besonders im ländlichen
876 Raum müssen darüber hinaus die Linienverkehrsangebote verstärkt durch flexible
877 Angebotsformen wie zum Beispiel Rufbusse, Taxi- und Mietwagen, Anrufsammeltaxis und
878 Veranstaltungstaxis ergänzt oder auch ersetzt werden. Unsere Förderpolitik wird hier
879 ansetzen. Zudem müssen vernetzte Informationsangebote verschiedener Verkehrsträger
880 verbessert werden. Daher wollen wir eine Rheinland-Pfalz-Mobilitätsplattform gründen,
881 die über alle öffentlichen, individuellen und innovativen Mobilitätsangebote informiert.

882 Auch autonomes Fahren kann eine Möglichkeit zur effektiven Koordination auch
883 kleinteilig kundenorientierter Verkehrsangebote sein.

884 Wir halten unsere Klimaziele ein. Daher bauen wir auch die Elektromobilität in Rheinland-
885 Pfalz weiter aus.

886

887 **25. VERKEHRSINFRASTRUKTUR MIT DEN RICHTIGEN PRIORITÄTEN**

888 Im Bereich des Straßenbaus halten wir an dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ fest.
889 Angesichts enger finanzieller Spielräume und des dichtesten Straßennetzes im Vergleich
890 der Bundesländer ist dies die richtige Priorität. Eingeschlossen ist darin die Instandsetzung
891 zahlreicher Brücken im gesamten Straßennetz. Die Pkw-Maut lehnen wir weiter ab. Sie ist
892 kein geeigneter Beitrag zur Infrastrukturfinanzierung und in der vorgelegten Form auch
893 europarechtswidrig. Für die Grenzregionen bestehen wir auf einer mautfreien Lösung für
894 den kleinen Grenzverkehr.

895 Für die SPD ist klar: Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Infrastruktur. Der
896 Ansatz im Landeshaushalt wird daher auf hohem Niveau verstetigt. Wir beginnen damit
897 im Landeshaushalt 2016. In der kommenden Legislaturperiode werden wir mit
898 Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Gewerkschaften Verabredungen über einen
899 Mobilitätskonsens 2021 treffen und so gemeinsam über die Verkehrsinvestitionen der
900 Zukunft beraten und entscheiden. In regionalen Mobilitätsforen entwickeln wir
901 gemeinsam Antworten auf die regionalen Verkehrsherausforderungen.

902 Wir wollen den vierspurigen Ausbau der B10 von Pirmasens bis Landau, die zweite
903 Rheinbrücke bei Wörth, den mehrstreifigen Ausbau der B8/B414 zwischen hessischer und
904 nordrhein-westfälischer Landesgrenze, den Ausbau des Mainzer Rings (A643) sowie die
905 Vollendung des A1-Lückenschlusses.

906 Zur Entwicklung des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal unterstützen wir die
907 Bewerbung und Durchführung einer Bundesgartenschau im Jahr 2031. Dieses Instrument
908 soll Impulse zur erfolgreichen Entwicklung der gesamten Region setzen.

909 Dazu gehören die Stärkung der Zusammenarbeit im Welterbetal und der kulturellen
910 Identität, die Förderung der regionalen Wirtschaft, insbesondere des Tourismus, die
911 Ertüchtigung der Infrastruktur und ein modernes Verkehrskonzept, zu dem auch eine mit
912 der UNESCO abgestimmte Mittelrheinbrücke zählt, deren Bau wir wollen.

913 Gegenüber dem Bund werden wir weiter auf einen zügigeren Ausbau der Mosel-Schleusen
914 drängen, der nicht nur für die Region Trier von großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die
915 „Wasserstraße Rhein“ zwischen Bingen und Koblenz muss für den Binnenverkehr entlastet
916 werden. Die zahlreichen Unfälle der vergangenen Jahre zeigen, dass hier der Bund
917 dringend handeln muss. Eine Vertiefung der Rhein-Fahrrinne könnte eine erhebliche
918 Verbesserung für den Güterverkehr im Mittelrheintal mit sich bringen.

919 Beim Güterstraßenverkehr setzen wir uns für eine konsequente Schwerverkehrsabgabe für
920 alle Straßen und die Möglichkeit von einem Nachtfahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen in
921 ausgewählten Kommunen ein. Wir werden zudem Modellvorhaben zum Kombiverkehr
922 prüfen und ggf. mit dem Bund gemeinsam entwickeln.

923 Der Rheinland-Pfalz-Takt wird dauerhaft gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut
924 werden. Hierfür werden wir die Regionalisierungsmittel des Bundes einsetzen. Es war
925 überfällig, dass sich der Bund hier seiner finanziellen Verantwortung stellt.

926 Die Deutsche Bahn AG muss ihre Infrastruktur in Rheinland-Pfalz auf dem Stand der
927 Technik betreiben, also modernisieren. Das gilt insbesondere für Bahnhöfe und
928 Haltepunkte. Sie wird zudem ihrem Auftrag nicht gerecht, wenn nicht alle rheinland-
929 pfälzischen Oberzentren an den Fernverkehr angebunden werden. Weiterhin treten wir für
930 die S-Bahn-Verbindung Zweibrücken–Homburg (Saar) ein. Wichtig ist auch der Ausbau der
931 Weststrecke Trier für den Personennahverkehr, der zeitnah umgesetzt werden soll. Wir
932 unterstützen die vorgesehene und längst überfällige Modernisierung der
933 Schieneninfrastruktur, die Bund und Deutsche Bahn in Rheinland-Pfalz vornehmen
934 müssen. Bei der Optimierung des Güterverkehrs sind trimodale Terminals
935 (Schiene/Straße/Wasser) der richtige Weg. Diese werden wir ausbauen.

936 Der Fahrradverkehr kann einen noch immer unterschätzten Beitrag zur nachhaltigen
937 Mobilität und zur Entlastung der anderen Verkehre leisten, besonders innerorts. Die
938 Fahrradinfrastruktur muss ausgebaut werden: mit mehr innerörtlichen Fahrradspuren,
939 aber auch mit der Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten für E-Bikes durch überörtliche

940 Schnell-Rad-Wege, durch Ladestationen an öffentlichen Gebäuden und sichere und
941 komfortable Stellmöglichkeiten.

942 Die Nutzung des Flughafens Hahn für den zivilen Flugverkehr war struktur- und
943 verkehrspolitisch richtig. Vom Flughafen Hahn hängen mehrere Tausend Arbeitsplätze
944 direkt oder indirekt ab. Er soll in Zukunft in privater Trägerschaft nachhaltig fortgeführt
945 werden. Wir setzen darauf, dass die Fluggesellschaften ihn weiter nutzen und ihre
946 Verbindungen ausbauen.

947

948 **26. LÄRMSCHUTZ IST LEBENSQUALITÄT**

949 Lärmschutz ist ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik. Mobilität muss im
950 Einklang mit der Umwelt und den Interessen der Menschen auf Sicherheit, Ruhe und
951 Naherholung stehen. Daher setzen wir uns für klare Regelungen und mehr kommunalen
952 Spielraum bei Tempo-30-Zonen ein.

953 Beim Schienenverkehr ist die nachhaltige und substanzielle Entlastung der Bevölkerung
954 des Mittelrheintals und der Mosel vom Bahnlärm unser zentrales Ziel. Eine Vertagung
955 wirksamer Maßnahmen, wie jüngst von der EU-Kommission bei der Frage der
956 Flüsterbremsen verlangt, ist untragbar. Hier muss unbedingt ein Fahrverbot für laute
957 Güterzüge greifen, wenn die Umrüstung der Güterwaggons nicht bis 2020 erfolgt ist.

958 Die Planung einer Alternativstrecke zur Mittelrheintrasse muss zügig vorangetrieben
959 werden. Das Mittelrheintal kann nicht länger warten. Es braucht Perspektiven, die seine
960 Entwicklung antreiben können und den Elan seiner Bewohnerinnen und Bewohner
961 unterstützen. Eine Bewerbung des Tals für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031
962 unterstützen wir deshalb mit Nachdruck.

963 Zu unserem heutigen Verständnis von Mobilität gehören Flugreisen ebenso wie Fahrten
964 mit der Bahn, dem Auto, anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad.
965 Flughäfen sind also notwendig, auch wenn sie für die unmittelbaren Anwohner oft starke
966 Lärmbelastungen mit sich bringen. Es kommt deshalb darauf an, einen vernünftigen
967 Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen herzustellen, um Mobilität zu
968 ermöglichen, aber auch die Lebensqualität im Alltag zu erhalten.

969 Das Land Rheinland-Pfalz wird gegenüber dem Betreiber des Flughafens Frankfurt,
970 gegenüber der Hessischen Landesregierung und gegenüber der Bundesregierung auf eine
971 weitere Lärminderung drängen. Dabei spielen angepasste Flugrouten, moderne

972 Anflugverfahren sowie leise Flugzeuge eine Rolle. Die Sicherstellung und strikte
973 Einhaltung des Nachflugverbots ist ein unverzichtbarer Bestandteil zur Lärminderung.

974

975 **27. GUTE ARBEIT STÄRKEN – ÖFFENTLICHE HAND IST VORBILD**

976 Unsere Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik schafft die Rahmenbedingungen für
977 sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir setzen uns – nicht zuletzt mit unserem
978 Tariftreuegesetz – seit vielen Jahren für faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ein. Der
979 Mindestlohn wirkt, und wir sagen klar: Mit uns gibt es keine Ausnahmen. Wir wollen
980 dauerhaft Vollbeschäftigung, Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt, gute Bezahlung und eine
981 gerechte Einkommensverteilung. Dazu gehören die vollständige Chancengleichheit und
982 Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

983 Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sind zentrale Partner für unsere Politik. Der
984 Ovale Tisch der Ministerpräsidentin zeigt, wie erfolgreich unsere dialogorientierte
985 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist. Mit der Transferberatungsstelle TBS gibt es
986 eine wichtige Ansprechpartnerin für Gewerkschaften und die betriebliche
987 Interessenvertretung. Deren Einsatz für die Beschäftigungssicherung in unserem Land
988 werden wir weiter unterstützen.

989 Wir starten zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ein Programm
990 „Guter Arbeitgeber Land“. Weiter verbesserte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und
991 Beruf über die gesamten Berufsphasen hinweg sind unser Ziel. Damit sind wir Vorbild
992 einer neuen Arbeitszeitpolitik, die wir auch außerhalb des Staates stärken wollen. Mit dem
993 betrieblichen Gesundheitsmanagement haben wir bereits entscheidende Impulse gesetzt.
994 Das Land wird befristete Arbeitsverhältnisse minimieren. Ein Aktionsplan Weiterbildung
995 stärkt die Qualität des öffentlichen Dienstes.

996 Wir werden in einen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmen treten, wie mehr
997 Lohntransparenz hergestellt und Lohnungleichheit von Frauen und Männern abgebaut
998 werden soll. Wir werden Unternehmen unterstützen, die dabei vorangehen wollen, etwa
999 durch Einführung eines Lohnaudits mit dem Instrument eg-Check oder anderen
1000 modellhaften Vorhaben. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist auch mit Blick auf die
1001 Fachkräftesicherung ein wichtiges Element der Standortentwicklung.

1002

28. GERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT – ARBEITSMARKTPOLITIK STÄRKEN

1003

1004 Gerechtigkeit ist unser politischer Kompass. Wir messen die Politik in den
1005 unterschiedlichen Ressorts immer zuerst daran, inwieweit sie zu mehr Gerechtigkeit
1006 beiträgt.

1007 Unserem Land geht es gut, aber deshalb geht es noch lange nicht allen in unserem Land
1008 gut. Die Einkommen und erst recht die Vermögen sind ungleich verteilt. Es gibt Menschen,
1009 die aus verschiedensten Gründen seit Langem keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr
1010 gefunden haben. Es gibt ein zunehmendes Risiko für Altersarmut, und es gibt viele Kinder,
1011 die materiell benachteiligt aufwachsen. Für die SPD bleibt soziale Gerechtigkeit das
1012 wichtigste Ziel gerade auf dem Arbeitsmarkt.

1013 Menschen mit Vermittlungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt brauchen unsere besondere
1014 Unterstützung. Wir wollen, dass alle Menschen ihre Chancen bekommen. Dies gilt
1015 unabhängig davon, ob die Ursachen der schwierigen Perspektive in fehlenden schulischen
1016 oder beruflichen Abschlüssen oder sonstigen Hindernissen liegen. Zwischen Menschen mit
1017 und ohne Migrationshintergrund gibt es auch hier keinen Unterschied. Ebenso gilt es, die
1018 Inklusion von Menschen mit Handicaps am Arbeitsmarkt zu verwirklichen.

1019 Wir werden uns für mehr Arbeitsplätze für Menschen einsetzen, die heute nicht in dem
1020 Maße am Erwerbsleben beteiligt sind, wie sie sich das wünschen. Prekäre
1021 Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir dabei ab. Mit unseren Arbeitsmarktmitteln wollen
1022 wir Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt
1023 verbessern. Dafür muss die aktive Arbeitsmarktpolitik insbesondere auf Bundesebene
1024 intensiviert werden. Wir wollen für die Menschen, die im sogenannten Übergangssystem
1025 zwischen Schule und Ausbildung festhängen, passgenaue Angebote entwickeln. Wir
1026 wollen für jeden jungen Menschen im Land eine Ausbildungsgarantie.

1027 Mit jährlich deutlich über 300 arbeitsmarktpolitischen Initiativen und Projekten bekämpft
1028 die Landesregierung die Arbeitslosigkeit und stärkt das Potenzial von Arbeitnehmerinnen
1029 und Arbeitnehmern. Mit speziellen Förderansätzen, die aus Landes- und Fördermitteln des
1030 Europäischen Sozialfonds unterstützt werden, wird auf die besonderen Probleme der
1031 Zielgruppen eingegangen. Dazu zählen Maßnahmen der Förderung des Zugangs zu
1032 lebenslangem Lernen und zur Steigerung der Fähigkeiten der Arbeitskräfte. Besonders
1033 hervorzuheben ist die Förderung der beruflichen Weiterqualifizierung von Beschäftigten
1034 durch den QualiScheck sowie Projekte zur Unterstützung beim Übergang von
1035 geringfügigen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Den
1036 Übergangsbereich von Schule und Ausbildung wollen wir besser verknüpfen. Unser Ziel ist
1037 „Hilfen aus einer Hand“ für mehr junge Menschen in Rheinland-Pfalz.

1038 Durch Bundesratsinitiativen, wie beispielsweise zur Verhinderung der Umgehung von
1039 Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge und für faire und sichere
1040 Arbeitsbedingungen bei der Arbeitnehmerüberlassung, setzen wir uns für
1041 Arbeitnehmerschutzrechte und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ein.
1042 Wir wollen diesen Einsatz in der kommenden Legislaturperiode verstärken und
1043 insbesondere Fehlentwicklungen im Bereich von Billiglöhnen entgegenwirken. Hier darf
1044 insbesondere die Zuwanderung durch Flüchtlinge nicht dazu missbraucht werden, die
1045 Löhne weiter zu drücken.

1046

1047 **29. DIGITALISIERUNG UND DEMOGRAFIE GESTALTEN**

1048 Die Digitalisierung geht mit grundlegenden und rasanten Veränderungen in der
1049 Arbeitswelt einher. Die klassische Arbeitszeit von 9 bis 17 Uhr weicht mehr und mehr auf.
1050 Es entstehen neue Potenziale auf dem Arbeitsmarkt, aber auch viele Herausforderungen.

1051 Digitale Arbeit und demografischer Wandel erfordern einen neuen Dialog zwischen
1052 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hier
1053 ist der Staat gefordert, Brücken zu bauen und Wege zu öffnen. Wir wollen die Chancen der
1054 Digitalisierung für gute Arbeit nutzen und drohende Risiken wie die Entgrenzung von
1055 Arbeit klar benennen und ihnen entgegentreten. Deshalb werden wir in einem
1056 Handlungsprogramm „Digitale Arbeit“ regional- und branchenspezifische
1057 Entwicklungsziele schaffen. Hier gilt besonders: Wir suchen den Schulterchluss mit den
1058 Gewerkschaften, um Risiken zu minimieren und Chancen zu nutzen. Unser Ziel ist, dass
1059 auch die Digitalisierung mithilft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

1060 Wir fördern altersgerechte Arbeitsplätze in Unternehmen und Verwaltungen. Eine weitere
1061 dringliche Aufgabe bleibt die Verbesserung von Arbeitsschutz und betrieblicher
1062 Gesundheitsförderung. Schließlich die Fort- und Weiterbildung: Die Anforderungen an sie
1063 sind in einer dynamischen, wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft ohnehin sehr
1064 groß. Sie wachsen aber durch die älter werdenden Belegschaften. Wir werden mit den
1065 Unternehmen den Dialog suchen und Maßnahmen mit ihnen gemeinsam entwickeln,
1066 etwa zur Erhaltung der Gesundheit ihrer Belegschaft. Wir werden dazu zusammen mit
1067 Experten und Partnern eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe einrichten und Konzepte
1068 bündeln, damit kleine und mittlere Unternehmen stärker von bereits bestehenden
1069 Maßnahmen profitieren können.

1070

1071

30. SCHNELLES NETZ – GUTE ZUKUNFT

1072 Wir sind beim Ausbau des schnellen Internets auf gutem Weg, aber noch nicht am Ziel. Die
1073 Zielmarke haben wir klar definiert: Wir wollen im nächsten Schritt bis 2018
1074 flächendeckend 50 MBit/s im Technologiemarkt erreichen.

1075 Die mögliche Haushaltsversorgung mit 30 Mbit/s schnellem Breitband ist in Rheinland-
1076 Pfalz bereits in 77 Prozent der Haushalte möglich, damit liegen wir über dem
1077 Bundesschnitt. Bereits 66 Prozent der Haushalte können 50 Mbit/s von den verschiedenen
1078 Anbietern per Kabel oder LTE empfangen. Das ist die zweithöchste Steigerungsrate der
1079 Flächenländer.

1080 Wir werden die Dynamik im Breitbandausbau beschleunigen und den kommunalen
1081 Förderanteil so gering wie möglich halten. Dies schaffen wir, indem wir die hohen
1082 Landesfördermittel von 70 Millionen mit Bundesmitteln kombinieren.

1083 Wir in Rheinland-Pfalz setzen dabei auf kommunale Ausbaugemeinschaften, in der Regel
1084 in der Größe eines Landkreises.

1085 In Zukunft werden aber noch größere Bandbreiten benötigt. Industrie 4.0 oder auch
1086 Telearbeit von zu Hause, Video- und Streaming-Angebote erfordern immer höhere
1087 Datenmengen. Deshalb hat die Landesregierung eine 300-Mbit/s-Studie in Auftrag
1088 gegeben. Wir wollen wissen, wie wir den Weg in die Gigabit-Gesellschaft schaffen können,
1089 welche Infrastrukturen ausgebaut werden müssen, in welchen Schritten dies erfolgen und
1090 wie dies finanziert werden kann.

1091 Die Menschen sind immer mobiler und wollen auch von unterwegs schnell auf
1092 Informationen zugreifen können. Die SPD-geführte Landesregierung will mehrfreies WLAN
1093 ermöglichen und fordert eine Änderung des Telemediengesetzes mit dem Ziel, die
1094 Störerhaftung abzuschaffen. Im Land wollen wir den ersten Schritt tun und für mehr freies
1095 WLAN sorgen. Dies unterstützt im Besonderen den Tourismus und die Feriengäste. Viele
1096 Städte verfügen schon heute über Free-WiFi-Zonen. Die SPD wird ein kommunales
1097 Programm für kleinere Gemeinden starten: 1.000 freie WLAN-Hotspots in 1.000
1098 Kommunen.

1099

1100

31. DEMOGRAFIE TRIFFT AUF DIGITALEN WANDEL

1101 Das Leben vor allem in den Dörfern verändert sich. Einerseits werden die Jüngeren weniger
1102 und die Älteren leben länger. Andererseits öffnen sich durch die digitalen Möglichkeiten
1103 Chancen, diesen Wandel gut zu gestalten. Wir in Rheinland-Pfalz wollen diese beiden

1104 Trends zusammenbringen. Nahversorgung, Bring- und Holdienste,
1105 Gebäudebewirtschaftung, aber auch der ferngesteuerte Traktor oder der Einsatz von
1106 Drohnen bei der Schädlingsbekämpfung im Weinberg sind Beispiele dafür, wie neue
1107 Technologien unser Leben einfacher machen oder neue Strukturen entstehen.

1108 Auch im Gesundheitsbereich können heute Aufnahmen im Kernspintomographen vor Ort
1109 auf dem Land gemacht und an der fernen Uniklinik vom Facharzt begutachtet werden.
1110 Patienten mit chronischen Erkrankungen können mittels digitaler Technik ärztlich rund
1111 um die Uhr betreut werden, je nach Erfordernis. Die SPD hat dies im Projekt „Digitale
1112 Dörfer“ (englisch: smart rural area) und mit wissenschaftlicher Begleitung auf den Weg
1113 gebracht.

1114

1115 **32. NUR STARKE KOMMUNEN SICHERN GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE**

1116 Wir sichern eine ausreichende Grundversorgung und gleichwertige Lebensverhältnisse im
1117 ganzen Land. Dafür fördern wir innovative, demografiegerechte und inklusive
1118 Entwicklungsstrategien von Stadt und Land. Wir schärfen alle Instrumente, um
1119 insbesondere in den Ballungsräumen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neuen zu
1120 schaffen. Wir fördern die enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und ihren
1121 benachbarten Gebietskörperschaften und entwickeln das Projekt „Starke Kommunen –
1122 starkes Land“ zu einem Förderschwerpunkt weiter.

1123 Wir stärken die notwendige kommunale Investitionsfähigkeit durch die Fortführung der
1124 Förderprogramme in den Bereichen Städtebau, Dorferneuerung und Investitions-Stock.
1125 Insbesondere die Programme für kleine Zentren in ländlichen Räumen können in der
1126 Fläche viel bewegen. Die Programme bieten einen breiten Instrumentenkasten für
1127 Gemeinden unterschiedlicher Größe und Struktur. So wurde beispielsweise bei der
1128 Dorferneuerung und der Städtebauförderung in den vergangenen Jahren ein
1129 Bewilligungsvolumen von gut 420 Millionen Euro bewegt. Diese Programme haben nicht
1130 nur eine wichtige Bedeutung für die strukturelle Verbesserung der Städte und Gemeinden,
1131 sondern auch eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf die regionale Wirtschaft.

1132 Wir nutzen die Landesgartenschauen als Motor, um großflächige Industriebrachen und frei
1133 werdende Militärgelände einer nachhaltigen Nutzung zuzuführen und der Region einen
1134 wirtschaftlichen Entwicklungsimpuls zu geben. Themen wie Barrierefreiheit, nachhaltige
1135 Mobilität, familien- und kinderfreundliches Wohnen und Leben, klimafreundliche und
1136 naturnahe Entwicklung in Stadt und Land, moderne und nachhaltige gartenbauliche
1137 Gestaltung und die Verbindung einer modernen und inklusiven Quartiersentwicklung mit

1138 sozialem, barrierefreiem Wohnungsbau sowie die Anpassung an den demografischen
1139 Wandel stehen zukünftig im Mittelpunkt.

1140 Neben der Vorbereitung der fünften Landesgartenschau im Jahr 2022 werden wir prüfen,
1141 inwieweit neue Impulse in der Regionalentwicklung gesetzt werden können: Regionen des
1142 Landes könnten dann die Möglichkeit erhalten, gemeinsam Maßnahmen aus den
1143 bestehenden Förderprogrammen des Landes prioritär, aber zeitlich begrenzt gefördert zu
1144 bekommen.

1145 Das Programm „Soziale Stadt“ soll in unverminderter Höhe fortgeführt werden, um
1146 Quartiere mit sozialen Problemlagen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die Impulse
1147 dafür müssen dabei aus den Kommunen kommen. Das Land wird hier mit
1148 Beratungsangeboten zur Verfügung stehen.

1149

1150 **33. KREATIVE UND LEBENDIGE KOMMUNEN – HIER LEBT GEMEINSINN**

1151 Wie wir mit großen gesellschaftspolitischen Themen wie dem Demografischen Wandel
1152 oder der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen umgehen, entscheidet sich
1153 maßgeblich in den Kommunen. Daher wollen wir weiterhin in guter Partnerschaft die
1154 Kommunen in ihrer Handlungs- und Leistungsfähigkeit begleiten und stärken.

1155 Die Verbesserung der Finanzlage der Kommunen ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen.
1156 2010 haben wir den Kommunalen Entschuldungsfonds eingeführt. Allein für die Jahre
1157 2012 bis 2014 wurden den Kommunen rund 463 Millionen Euro Landeszuweisungen
1158 ausbezahlt. Mit den Konsolidierungsbeiträgen der Kommunen waren dies rund 617
1159 Millionen Euro.

1160 Wir stehen dafür, den Kommunen zukunftsfeste Strukturen zu gewährleisten. Mit der in
1161 der letzten Legislaturperiode gestarteten und in den vergangenen Jahren fortgeführten
1162 Kommunal- und Verwaltungsreform konnten bereits etliche Verbandsgemeinden und
1163 verbandsfreie Gemeinden zu neuen, leistungsstarken Verwaltungseinheiten fusioniert
1164 werden. Auch haben wir für die Kommunen mit der „Experimentierklausel“ die
1165 Möglichkeit geschaffen, zur Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen und
1166 Aufgabenwahrnehmung im Einzelfall für bis zu fünf Jahren eine Ausnahme von
1167 landesrechtlichen Zuständigkeits-, Form- und Verfahrensregeln zuzulassen.

1168 Wir werden die Kommunal- und Verwaltungsreform in einer zweiten Stufe fortsetzen. Auf
1169 der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen und in Kooperation sowie im
1170 Austausch mit allen Beteiligten werden wir uns mit einer umfassenden Aufgabenkritik

1171 der einzelnen Ebenen sowie mit Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung
1172 befassen. Ebenso werden wir die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Städten und
1173 benachbarten Gebietskörperschaften unterstützen und fördern. Und wir werden die
1174 Kommunen darin unterstützen, die Möglichkeiten des digitalen Wandels im Sinne von
1175 Bürgernähe, Vereinfachung und Präsenz in der Fläche verstärkt zu nutzen. Die Aufgaben
1176 der Mittelbehörden werden wir auf den Prüfstand stellen.

1177 Der Erhalt und die Weiterentwicklung der kommunalen Handlungsfähigkeit ist eine
1178 Dauer-, aber keine Routineaufgabe. Deshalb haben wir auch in der kommenden
1179 Legislaturperiode viel vor: Wir setzen uns für die Einführung einer verfassungskonformen
1180 Sperrklausel bei den Wahlen zu den kommunalen Räten ein, um deren
1181 Handlungsfähigkeit zu stärken. Wir werden das Kommunalwahlrecht vor den
1182 Erfahrungen vergangener Kommunalwahlen auf Regelungen überprüfen, die erneuert
1183 oder gestrichen werden sollten. Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und
1184 Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken. Genauso befürworten wir das aktive und
1185 passive Wahlrecht von Nicht-EU-Staatsangehörigen bei Kommunalwahlen.

1186 Das reformierte Landesfinanzausgleichsgesetz werden wir im Jahr 2017 evaluieren. Sich
1187 daraus ergebende Konsequenzen für die Finanzausstattung der Kommunen werden wir
1188 unter Achtung der Schuldenregeln für den Landeshaushalt umsetzen.
1189 Förderbereichsübergreifende, überörtliche Kommunalentwicklungskonzepte sehen wir als
1190 Chance. Daher werden wir prüfen, entsprechende Förderbudgets im Rahmen der
1191 Förderprogramme einzuführen.

1192

1193 **34. POLIZEI FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER – BÜRGERPOLIZEI**

1194 Rheinland-Pfalz ist ein sicheres Land. Dafür sorgt vor allem die rheinland-pfälzische Polizei.
1195 Statistiken belegen dies. Damit es auch in Zukunft so bleibt, hat die SPD-geführte
1196 Landesregierung die Einstellungszahlen erhöht. Sie sind mit 475 im Jahr 2015 und 500 im
1197 Jahr 2016 auf dem höchsten Stand, den Rheinland-Pfalz jemals hatte. Wir gewährleisten
1198 damit auch in Zukunft eine ausreichend hohe Zahl an gut ausgebildeten Polizistinnen und
1199 Polizisten.

1200 Immer neue Sicherheitsanforderungen sind zu bewältigen, wie zum Beispiel Gewalt in
1201 Fußballstadien, Gefahr von Terroranschlägen, Wohnungseinbrüche oder der Schutz von
1202 Flüchtlingseinrichtungen vor rechter Gewalt. Mit Sorge sehen wir, dass die Gewalt gegen
1203 Polizistinnen und Polizisten zunimmt. Deshalb wurden Schutzausstattung, Bewaffnung
1204 und Einsatztrainings optimiert. In einem Pilotversuch werden sogenannte Bodycams
1205 eingesetzt, um der steigenden Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei entgegenzuwirken.

1206 Wichtig ist auch ein speziell auf die Polizei zugeschnittenes, ganzheitliches
1207 Gesundheitsmanagement, das wir durch einen eigenen betriebsärztlichen Dienst für die
1208 Polizei und durch ein optimiertes Fallmanagement bei der Schadensregulierung
1209 weiterentwickeln. Wir werden auch die Einführung eines Instituts für Polizeigesundheit
1210 und einer spartenübergreifenden Heilfürsorge prüfen.

1211

1212 **35. FEUERWEHR UND RETTUNGSKRÄFTE – RETTER IN DER NOT**

1213 Respekt, Dank und Anerkennung zollen wir den freiwilligen Feuerwehr- und
1214 Rettungskräften. Sie haben in den vergangenen Monaten bei der Bewältigung der
1215 Flüchtlingsströme Hervorragendes geleistet. Und sie setzen sich bei Einsätzen oft großen
1216 Gefahren aus. Diese hohe Leistung und Einsatzfreude werden wir weiterhin durch
1217 finanzielle Förderung der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes auf gleichem
1218 Niveau unterstützen. Denn modernes technisches Material ist oft entscheidend für Retter
1219 und Menschen in Notsituationen. Grundlage ist die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer.

1220 Wir sind uns bewusst, dass durch den demografischen Wandel die Tagesalarmbereitschaft
1221 oft nur schwer gewährleistet werden kann. Hier muss auch auf neue, innovative Konzepte
1222 gesetzt werden, insbesondere kommt es aber auf die Jugendförderung an. Die Jugendarbeit
1223 wird von uns weiter unterstützt. Bambinifeuerwehren, Jugendfeuerwehren und die
1224 feuerwehrtechnische Grundausbildung als Wahlfach in Schulen sowie die
1225 Jugendorganisationen von allen rheinland-pfälzischen Hilfsorganisationen werden
1226 ebenfalls immer wichtiger.

1227

1228 **36. PRÄVENTION – KAMPF GEGEN EXTREMISMUS**

1229 Die SPD wendet sich gegen jede Art von Extremismus. Wir verurteilen Rassismus, Gewalt,
1230 Hass, Intoleranz und Ausgrenzung. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen dagegen
1231 starkmachen. Dazu gehören Angebote in Schulen und in der Jugendarbeit. Die
1232 zunehmende Zahl von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte alarmiert uns. Wir dürfen
1233 den geistigen Brandstiftern nicht erlauben, den Boden für antidemokratische Parolen und
1234 Gewalttaten zu bereiten. Hetze und Diskriminierung müssen mit allen Mitteln des
1235 Rechtsstaates bekämpft werden. Dazu zählt für uns auch das NPD-Verbot.

1236 Mit den vom Land unterstützten Programmen, wie beispielsweise dem Beratungsnetzwerk
1237 gegen Rechtsextremismus, Rückwege, (R)Auswege, der Elterninitiative gegen Rechts, der
1238 Präventionsagentur und den vielen zivilgesellschaftlichen Bündnissen und

1239 Organisationen, verfügt Rheinland-Pfalz über ein gutes Netz. Wir wollen diese Arbeit
1240 weiter fördern, entwickeln und ausbauen. Das „Netzwerk für Demokratie und Courage“
1241 unterstützen wir bei seiner engagierten Arbeit.

1242 Prävention kann Straftaten, Unfälle und gesundheitliche Schäden verhindern und trägt so
1243 zum guten Zusammenleben bei. Für die SPD ist dies eine ressortübergreifende
1244 Querschnittsaufgabe. Wir schätzen die Arbeit der Kriminalpräventiven Räte sowie der
1245 Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater in den Kommunen und deren
1246 ehrenamtliches Engagement. Ihre Arbeit wurde evaluiert und wird weiter gefördert.
1247 Verkehrserziehung und -schulung ist für Jung und Alt wichtig und wird auf hohem Niveau
1248 fortgesetzt. Sucht- und Gesundheitsberatung wird verstetigt. Gewalt in engen sozialen
1249 Beziehungen und gegen Fremde tritt leider immer wieder auf. Wir wollen weiter die
1250 Zivilcourage stärken („Wer wegschaut, macht mit“) und für die Opfer Beratung und Hilfe
1251 anbieten.

1252 Wir stärken die Islamismus-Prävention. Dabei setzen wir auf die Einbindung von Schulen
1253 und Familien. Das „Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger
1254 Menschen in Rheinland-Pfalz“, das vor allem Jugendliche und junge Erwachsene anspricht,
1255 werden wir weiterentwickeln.

1256

1257 **37. RECHT UND JUSTIZ GARANTIEREN UNSERE FREIHEIT**

1258 Die SPD in Rheinland-Pfalz steht für eine Rechts- und Innenpolitik, deren strikter Maßstab
1259 die Grund- und Bürgerrechte sind. Wir setzen uns für eine starke Justiz ein. Eine schnelle
1260 und effektive Rechtsdurchsetzung ist nicht nur für die Wirtschaft wichtig und damit ein
1261 Standortvorteil für unser Land. Vielmehr sind alle Bürgerinnen und Bürger darauf
1262 angewiesen.

1263 Auch die Justiz muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, dem
1264 Einsatz neuer Medien und neuen Formen der Kriminalität und des sozialen Verhaltens
1265 stellen. Alternative Formen der Streitbeilegung oder Online-Schlichtungen werden wir
1266 weiter fördern. Wie bei Rechtsanwälten ist eine weitere fachliche Spezialisierung in Justiz
1267 und Staatsanwaltschaften unabdingbar. Die Justizstrukturen müssen dort, wo es sinnvoll
1268 und notwendig ist, den sich veränderten Erfordernissen angepasst werden. Dies wird in
1269 transparenten Verfahren und unter Beteiligung aller Betroffenen erfolgen.

1270 Wir werden die „soziale Justiz“ weiter ausbauen und den Zugang zum Recht garantieren.
1271 Dazu gehört für uns, Hemmschwellen abzubauen, Rechtsdurchsetzung und Rechtshilfe für
1272 Einkommensschwache zu fördern und Beratungsangebote, wie die anwaltlichen

1273 Beratungsstellen, deutlich zu stärken. Zur wirksamen Bekämpfung von Jugendkriminalität
1274 muss es neben den erfolgreich arbeitenden Häusern des Jugendrechts auch in ländlichen
1275 Gebieten eine effektive und möglichst institutionalisierte Kooperation zwischen Justiz,
1276 Polizei und Jugendhilfe geben. Die SPD wird hierfür die Voraussetzungen schaffen. Zeugen-
1277 und Opferschutz muss konsequent erfolgen. Dabei werden wir Hilfsangebote für durch
1278 Straftaten geschädigte Bürger stärken, ohne die Rechte von Beschuldigten einzuschränken.

1279 Die Resozialisierung von Straftäterinnen und Straftätern ist der beste Opferschutz. Deshalb
1280 setzen wir im Justizvollzug auf die gesellschaftliche Wiedereingliederung. Ein besonderes
1281 Augenmerk legen wir auf jugendliche und heranwachsende Straftäterinnen und
1282 Straftäter, deren Übergang von der oft jahrelangen Haft hin zum Leben in Freiheit so
1283 problemlos wie möglich verlaufen sollte. Das sogenannte Übergangsmanagement werden
1284 wir deshalb weiter ausbauen und verfeinern, sodass ein Leben ohne Straftaten nicht schon
1285 an mangelnder Organisation der ersten Tage und Wochen in Freiheit scheitert.

1286 Die SPD in Rheinland-Pfalz wendet sich weiterhin entschieden gegen alle
1287 Privatisierungstendenzen in der Justiz. Alle Bestrebungen im Strafvollzug und
1288 Gerichtsvollzieherwesen lehnen wir ab.

1289

1290 **38. VERBRAUCHERSCHUTZ STEHT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT**

1291 Wir setzen auf einen Ausgleich zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen
1292 Interessen, bei dem der Einzelne unabhängig vom Bildungsstand, der Herkunft und dem
1293 finanziellen Hintergrund vor Risiken des Marktes geschützt wird und die eigenen Rechte
1294 wahrnehmen kann. Die Beratungsleistungen der Verbraucherzentrale (VZ) haben sich in
1295 Rheinland-Pfalz bewährt. Die finanzielle Förderung werden wir weiterhin gewährleisten.
1296 Im Rahmen der bewährten „Verbraucherdialoge“ werden wir konkrete Empfehlungen zu
1297 den Zukunftsfragen des Verbraucherschutzes erarbeiten.

1298 Höchste Priorität hat die Sicherheit unserer Lebensmittel. Wir werden das hohe Niveau
1299 unserer Lebensmittelüberwachung und die Leistungsfähigkeit des
1300 Landesuntersuchungsamtes weiter stärken. Wir haben eine interdisziplinäre
1301 Kontrolleinheit (IKER) als Task Force eingerichtet, die kritische Lebensmittelbetriebe und
1302 Warenströme im Auge behält und bei Bedarf landesweit einschreitet. Wir werden die
1303 Aufgaben der Task-Force evaluieren und gegebenenfalls erweitern und verbessern.

1304 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat für die SPD einen hohen Stellenwert.
1305 Gerade im privaten Bereich müssen die Bürgerinnen und Bürger einen effektiven Schutz
1306 ihrer Daten erhalten. Dies gilt insbesondere auch bei zunehmender Digitalisierung aller

1307 Lebensbereiche. Besonders schutzbedürftig sind hier Kinder, Jugendliche und die Daten der
1308 Verbraucherinnen und Verbraucher.

1309 Verbraucherbildung ist wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Sie müssen die
1310 Gefahren der Neuen Medien kennen, das Wissen um gesundes Essen erlernen und
1311 Kenntnisse über den Umgang mit zielgerichteter Werbung der Wirtschaft erwerben. Aber
1312 gerade auch Senioren suchen Beratung, was den Umgang mit digitalen Angeboten
1313 anbelangt. Eine von uns geführte Landesregierung wird die finanziell unterstützten
1314 Veranstaltungen der Verbraucherzentralen fortführen und stetig neue Angebote
1315 entwickeln. Der digitale Marktwächter unterstützt das Angebot.

1316 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen beim Thema des transatlantischen
1317 Freihandelsabkommens (TTIP) ernst. Viele befürchten, dass durch TTIP europäische und
1318 deutsche Standards bei Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie bei
1319 Lebensmitteln unterlaufen werden könnten. Die SPD setzt sich im Bund und in Europa
1320 dafür ein, dass wichtige, in Jahrzehnten errungene Datenschutz- und
1321 Verbraucherschutzstandards durch multinationale Konzerne und Investoren ebenso wenig
1322 ausgehebelt werden können wie rechtsstaatliche Standards und demokratische politische
1323 Regelungen.

1324

1325 **39. GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN KONSEQUENT** 1326 **VORANTREIBEN**

1327 Rheinland-Pfalz ist ein Land der gleichen Lebenschancen für Frauen und Männer. Dennoch
1328 werden Frauen in einigen Bereichen unserer Bürgergesellschaft nach wie vor
1329 benachteiligt. Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Rheinland-Pfalz wollen
1330 wir die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter als durchgängiges Prinzip sehen.

1331 Nach wie vor verdienen Frauen im Durchschnitt fast ein Viertel weniger als Männer. Die
1332 Überwindung ungleicher Einkommensverhältnisse muss gelingen. Ein erster Schritt in
1333 Richtung Gleichberechtigung im Erwerbsleben ist durch die Einführung des gesetzlichen
1334 Mindestlohns gelungen. Da der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor und in Minijobs
1335 überproportional hoch ist, profitieren insbesondere die Frauen von der gesetzlich
1336 festgeschriebenen Lohnuntergrenze. Ziel muss eine bessere Entlohnung in den typischen
1337 „Frauenberufen“ sein, die nicht weniger anstrengend und oft auch nicht weniger
1338 qualifiziert sind, aber denen die materielle Anerkennung fehlt. Wir unterstützen die
1339 Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, ein Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg zu
1340 bringen, um der Entgeltdiskriminierung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben.

1341 Wir wollen klassische Rollenbilder weiter aufbrechen und Frauen auch in Führungsrollen
1342 gleiche Chancen geben. Die Einführung der Frauenquote auf Bundesebene war ein
1343 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir haben bereits durch unsere Politik dafür
1344 gesorgt, dass der Frauenanteil in Aufsichtsräten und Kontrollgremien im
1345 Verantwortungsbereich der Landesregierung erhöht wurde. In Zukunft werden wir uns
1346 nachdrücklich für einen gesetzlich festgelegten Frauenanteil in Aufsichtsräten und
1347 Kontrollgremien einsetzen. Wir brauchen zudem mehr weibliche Professuren und einen
1348 größeren Anteil von weiblichen Führungskräften an Hochschulen.

1349 Der Öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber generell eine Vorreiterrolle in Sachen
1350 Gleichstellung einnehmen. Die Stärkung der Rolle der Gleichstellungsbeauftragten ist uns
1351 durch die Schaffung von Sanktionsmöglichkeiten und die Einführung von
1352 Kontrollmechanismen gelungen. Das hilft, um in Zukunft eine zeitgemäße und qualitative
1353 Frauenförderung im öffentlichen Dienst sicherzustellen.

1354 Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, müssen bei uns in Rheinland-Pfalz
1355 auf ein flächendeckendes und professionelles Netz an Unterstützungseinrichtungen
1356 zugreifen können. Wir machen uns dafür stark, dass Frauen und Kinder, die von
1357 psychischer, physischer, sexualisierter und sozioökonomischer Gewalt oder von Stalking
1358 betroffen sind, eine gewaltfreie Zukunftsperspektive eröffnet bekommen, in der sie vom
1359 Gewalttäter unabhängig ein selbstbestimmtes Leben führen können. Erfolgreiche
1360 Programme wie das „Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen
1361 sozialen Beziehungen“ (RIGG) wollen wir fortführen, um diese Ziele abzusichern. Unser Ziel
1362 sind eine abgestimmte Interventionskette in der akuten Versorgung sowie ein
1363 niedrigschwelliges Beratungsangebot, in dem alle Angebote kostenfrei und kultursensibel
1364 sind. Bestehende Lücken zwischen Akutversorgung und therapeutischen Angeboten sollen
1365 geschlossen werden.

1366 Wir setzen uns für eine verstärkte Beteiligung von Frauen auf kommunaler Ebene ein,
1367 denn gerade im kommunalen Bereich sind die Erfahrungen und Kompetenzen aller von
1368 Bedeutung. Deshalb sehen wir es als unsere Aufgabe an, den Frauenanteil besonders in
1369 den kommunalen Räten langfristig zu erhöhen.

1370 **40. RHEINLAND-PFALZ STEHT FÜR DAS PRINZIP INKLUSION**

1371 Für uns ist selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderungen, wie alle anderen auch,
1372 an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilhaben können. Deswegen haben wir als erstes
1373 Bundesland die UN-Behindertenrechtskonvention mit einem Landesaktionsplan
1374 umgesetzt, den es fortzuentwickeln gilt. Inklusion ist für uns ein Menschenrecht, das
1375 überall in unserer Gesellschaft mitgedacht und gelebt werden muss. Wir setzen uns

1376 deswegen weiter auf Bundesebene für ein modernes, an Inklusion und Selbstbestimmung
1377 ausgerichtetes Bundesteilhabegesetz ein, das die Eingliederungshilfe ablöst.

1378 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen immer Teil des gesellschaftlichen Lebens
1379 sind. Deshalb setzen wir uns für eine barrierefreie Ausgestaltung aller gesellschaftlichen
1380 Lebensbereiche ein. Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein:
1381 Schrittweise werden wir die Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickeln, damit
1382 Kinder mit Behinderung dort spielen und lernen können sowie gefördert werden. Die
1383 Angebote der Förderkindergärten wollen wir gemeinsam mit ihren Trägern zu
1384 integrativen Kindertagesstätten verbessern.

1385 Gemeinsam mit den Trägern der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und der
1386 Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle wie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln,
1387 um den Übergang aus der beschützten Beschäftigung der WfbM zum allgemeinen
1388 Arbeitsmarkt zu erleichtern.

1389 In den kommenden Jahren wird die Zahl der Menschen mit Behinderung, die in den
1390 Ruhestand gehen, steigen. Sie brauchen gute Angebote, um ihren Tag strukturieren und
1391 gestalten zu können. Wir möchten deswegen Modelle entwickeln, in denen Leistungen für
1392 ältere Menschen auch von älteren Menschen mit Behinderung genutzt werden können.

1393

1394 **41. VIELFALT IST EIN GEWINN FÜR ALLE**

1395 Allen Bürgerinnen und Bürgern von Rheinland-Pfalz steht das Recht zu, frei und
1396 selbstbestimmt zu leben. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht unabhängig von
1397 Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Herkunft, Beeinträchtigung, religiöser und
1398 weltanschaulicher Überzeugung diskriminierungsfrei gelebt werden kann.

1399 Die SPD Rheinland-Pfalz wird dazu die „Strategie Vielfalt“, die die rot-grüne
1400 Landesregierung beschlossen hat, konsequent weiterverfolgen und Organisationen der
1401 Zivilgesellschaft wie das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ als
1402 Bündnispartner stärken. Wir setzen uns zudem für den Ausbau der
1403 Landesantidiskriminierungsstelle als Anlaufstelle im Land ein.

1404 Vielfalt ist ein Gewinn für alle. Deshalb wollen wir das Allgemeine Gleichstellungsgesetz
1405 (AGG) im Land unter anderem durch Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller
1406 kommunalen und Landeseinrichtungen bekannter machen. Wir wollen die ehrenamtliche
1407 und hauptamtliche Arbeit in diesem Themenfeld weiter fördern und ausbauen. Die
1408 Landesregierung wird dazu Ansprechpartner benennen und die Ablehnung von

1409 Diskriminierung in ihrer Außendarstellung verdeutlichen. Lesben, Schwule, Bisexuelle,
1410 Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBTI) sind gleichfalls Teil
1411 unserer vielfältigen Gesellschaft. Für sie gilt das Recht auf uneingeschränkte Teilhabe
1412 bisher nicht in vollem Umfang. Auf der Grundlage der Zielvereinbarung zwischen der
1413 Landesregierung und QueerNet RLP e.V. werden wir daher den Landesaktionsplan
1414 „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ fortschreiben. Wir unterstützen die Arbeit des
1415 Bildungsprojekts SchLAu (schwul, lesbisch, bi, trans* Aufklärung) an rheinland-pfälzischen
1416 Schulen und wollen dieses Angebot ausbauen. Zudem ist klar, dass wir uns auf
1417 Bundesebene für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben
1418 einsetzen, vor allem für die Öffnung der Ehe.

1419 Wir wollen die Aufarbeitung der Geschichte der Schwulen und Lesben fortführen und
1420 streben auf Bundesebene die Aufhebung der Urteile nach § 175 zwischen 1949 und 1969
1421 und eine angemessene Wiedergutmachung an. Wir setzen uns dafür ein, dass verfolgte
1422 Schwule, Lesben und Trans* Zuflucht in unserem Land erhalten.

1423

1424 **42. LANDWIRTSCHAFT UND WEINBAU FÜR STARKE LÄNDLICHE RÄUME**

1425 Landwirtschaft und Weinbau prägen in vielen Teilen das Gesicht von Rheinland-Pfalz, zum
1426 Beispiel durch die Steillagen an Rhein und Mosel. Ohne sie würde es die einzigartigen
1427 Kulturlandschaften und Naturräume, die unser Land so lebens- und liebenswert machen,
1428 nicht geben. Unser Naturschutz lebt vom kooperativen Vertragsnaturschutz mit der
1429 Landwirtschaft und dem Weinbau. Wir sind das Weinbauland Nummer eins. Der von uns
1430 2009 initiierte duale Bachelor-Studiengang „Weinbau und Önologie“ ist eine einzigartige
1431 Erfolgsgeschichte.

1432 Landwirtschaft und Weinbau haben gute Zukunftsperspektiven und meistern den
1433 Strukturwandel. Die SPD steht dabei unterstützend an der Seite der Landwirtschaft und des
1434 Weinbaus. Unser zukunftsfähiger Weinbau und unsere zukunftsfähige Landwirtschaft
1435 stellen sich dem Wettbewerb. Damit das auf einer wirtschaftlichen Basis geschehen kann,
1436 bedarf es auch in Zukunft einer zielgerichteten Investitionsförderung. Eine große
1437 zusätzliche Chance bildet die wachsende Nachfrage an ökologischen Produkten und
1438 Lebensmitteln.

1439 Wir sichern – auch durch Einsetzen der Ressourcen der europäischen Agrarförderung – eine
1440 einträgliche, umweltbewusste und ressourcenschonende Landwirtschaft. Die SPD steht
1441 dabei für eine Gleichrangigkeit von konventioneller und ökologischer Produktionsweise
1442 und deren Unterstützung in Beratung und Förderung. Wein aus Rheinland-Pfalz ist ein

1443 Markenzeichen und steht für hervorragende Qualität. Dies gelingt ebenfalls im guten
1444 Miteinander von konventionellem und ökologischem Weinbau.

1445 Wir setzen auf eine gut aufgestellte Agrarverwaltung. Der Einstellungskorridor bei den
1446 Dienstleistungszentren Ländlicher Raum (DLR) muss sicherstellen, dass auch in Zukunft
1447 eine flächendeckende produktionstechnische Beratung der Betriebe erfolgen kann. Dies
1448 gilt insbesondere für die Pflanzenschutz- und Düngeberatung. Die Einführung eines
1449 Steillagenzentrums beim DLR Mosel hat sich bewährt. Wo im Land eigene Forschung
1450 betrieben wird, werden wir finanzielle Unterstützungen prüfen.

1451 Die ausgezeichneten Qualitätsstandards im rheinland-pfälzischen Weinbau wollen wir auf
1452 hohem Niveau halten. Deshalb arbeiten wir, gemeinsam mit der Weinwirtschaft und den
1453 Weinbauverbänden, für eine zukunftsfähige Umsetzung der EU-Weinmarktreform. Wir
1454 setzen uns für eine Anpassung der europäischen Weinbauzonen an die klimatischen
1455 Veränderungen ein. Dabei geht es unter anderem um die Vereinfachung von Regelungen
1456 in Bezug auf Mostgewicht, Anreicherung und Säuern bzw. Entsäuern. Wir unterstützen
1457 eine gezielte Zusammenarbeit zwischen Praxis und Forschung, um neu aufgetretene
1458 Schaderreger und Pflanzenkrankheiten erfolgreich zu bekämpfen.

1459

1460 **43. NACHHALTIGKEIT IN NATUR- UND TIERSCHUTZ**

1461 Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Im Interesse künftiger
1462 Generationen sind wir aufgefordert, Klima und Ressourcen zu schonen. Wir setzen im
1463 Naturschutz auf einen Ausgleich zwischen den Interessen und auf konstruktive
1464 Zusammenarbeit. Dabei sollen die Belange des Naturschutzes auf der gesamten Fläche
1465 berücksichtigt werden.

1466 Dies muss unter Beteiligung und Einbindung der Nutzer geschehen. Der
1467 Vertragsnaturschutz ist hierzu ein wertvolles Instrument. In Zukunft soll dieses
1468 Instrument auch verstärkt im Wald angewendet werden. Wir wollen die bestehenden
1469 Schutzgebiete in ihrer ökologischen Funktion erhalten und wo möglich verbessern. Unsere
1470 Bäche und Flüsse sind bundesweit spitze, was den ökologischen Zustand angeht. Das
1471 erhalten wir.

1472 Mit dem Nationalpark im Hunsrück leistet unser Land einen Beitrag zur Umsetzung der
1473 nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Die Potenziale des Nationalparks Hunsrück-
1474 Hochwald für die Regionalentwicklung und für einen naturnahen Tourismus sollen
1475 genutzt werden. Der Nationalpark wurde zusammen mit der Region entwickelt, und diese
1476 Beteiligungskultur gilt es zu erhalten.

1477 Der Pfälzerwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet in Deutschland und hat für
1478 verschiedene Tier- und Pflanzenarten eine große Bedeutung. Wir werden die notwendigen
1479 Schritte gehen, um den Status des Biosphärenreservats Pfälzerwald zu sichern und den
1480 Pfälzerwald zur Modellregion für nachhaltige Entwicklung zu gestalten.

1481 Unser neues Landesnaturschutzgesetz greift die Herausforderungen der Umweltpolitik
1482 auf. So werden durch die Beteiligungsrechte der ehrenamtliche Naturschutz erweitert,
1483 Naturschutzgebiete vor gentechnischer Kontamination geschützt und ökologisch
1484 wertvolles Grünland erhalten. Wir werden die Leistungsfähigkeit der
1485 Naturschutzverwaltung erhalten und das hierfür notwendige Personal dauerhaft zur
1486 Verfügung stellen.

1487 Wir haben mit dem Landeswassergesetz wichtige Grundlagen zum Schutz unseres
1488 Trinkwassers geschaffen. Die Einnahmen aus dem Wassercent helfen, diese Ziele zu
1489 erreichen und die Kommunen gerade im ländlichen Raum finanziell zu unterstützen.
1490 Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind wesentliche Aufgaben der
1491 Daseinsvorsorge. Wir lehnen erzwungene Privatisierungen ab. Wir setzen die Aktion Blau
1492 Plus fort und fördern weiterhin die Wiederherstellung von naturnahen
1493 Gewässerzuständen. Das bestehende Hochwasserschutzkonzept werden wir gemeinsam
1494 mit den Kommunen und Gewässeranliegern unter anderem durch Rückhalte- und
1495 Schutzmaßnahmen sowie verbesserte Eigenvorsorge weiterentwickeln.

1496 Der hohe Waldanteil in Rheinland-Pfalz verpflichtet uns zu einer besonders sorgsamem
1497 und nachhaltigen Nutzung. Wir halten am Gemeinschaftsforstamt fest. Die Forstleute
1498 unseres Landes leisten eine erfolgreiche Arbeit. Unser Ziel bleiben stabile und artenreiche
1499 Mischwälder, die alle Waldfunktionen erfüllen. Der Landesbetrieb Landesforsten soll
1500 wirtschaftlich erfolgreich und leistungsfähig sein. Deshalb werden wir an der
1501 Dienstvereinbarung und dem damit verbundenen Einstellungskorridor festhalten.

1502 Für uns hat die stoffliche Verwertung von Holz Vorrang vor der energetischen Nutzung. In
1503 der Zukunft möchten wir verstärkt innovative Verwendungen von Laubhölzern
1504 unterstützen. Wir streben einen höheren Anteil von modernen Öfen an, um Brennholz
1505 effizienter zu nutzen und Emissionen zu reduzieren.

1506 Die erfolgreiche Zertifizierung des Staatswaldes bestätigt, dass der Staatsforst in
1507 Rheinland-Pfalz nach hohen Standards bewirtschaftet wird. Wir wollen einen Anteil der
1508 Prozessschutzflächen im Staatswald von zehn Prozent erreichen. Einen höheren Anteil
1509 streben wir nicht an.

1510 In der Tierhaltung müssen artgerechte Haltungssysteme weiter vorangebracht werden.
1511 Wir stehen seit Langem für einen verbesserten Tierschutz ein. Wir möchten die Haltungs-

1512 und Transportbedingungen von Nutztieren weiter verbessern und die Entwicklung von
1513 Alternativen zu Tierversuchen unterstützen. Wir freuen uns über den Einsatz der vielen
1514 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, etwa in Tierschutzvereinen und Tierheimen. Wir
1515 unterstützen dieses Engagement.

1516

1517 **44. SPORTLICHES RHEINLAND-PFALZ**

1518 In Rheinland-Pfalz wird Sport gelebt. In Rheinland-Pfalz sind aktuell mehr als 1,4 Millionen
1519 Menschen und damit 37 Prozent der Bevölkerung in fast 6.300 Vereinen aktiv. Wir wissen
1520 um die große soziale Bedeutung des rheinland-pfälzischen Sportes für die gesamte
1521 Gesellschaft. Die etwa 450.000 Ehrenamtlichen im Sport leisten dabei eine unschätzbare
1522 Arbeit, die weit über die Ausübung einer Sportart hinausgeht. Es geht auch um
1523 Gemeinschaft im Verein, Gesundheitsprävention, Integration und Inklusion. Wir werden
1524 auch in Zukunft für eine angemessene Finanzausstattung des Sports sorgen. Trotz der
1525 Schuldenbremse werden die Haushaltsansätze für den Sport nicht gekürzt.

1526 Zur Ausübung des Sports brauchen die Vereine eine moderne Infrastruktur. Wir werden für
1527 einen bedarfsorientierten Ausbau der Sportstätten eintreten. Dabei sollen auch innovative
1528 Konzepte zur multifunktionellen Nutzung von Bestandsgebäuden oder Leerständen in den
1529 Kommunen erprobt werden. Für den Sport in der Gesellschaft wird so entsprechender
1530 Raum geschaffen.

1531

1532 **45. KULTURLAND RHEINLAND-PFALZ**

1533 Kultur trägt viel zur gemeinschaftlichen Identität unseres Landes bei. Ihr Schutz ist uns
1534 eine Verpflichtung. Daher haben wir massiv in Sanierungen und Barrierefreiheit von
1535 Burgen und Schlössern investiert. Was Qualität und Umfang sowie die Erreichbarkeit von
1536 kulturellen Angeboten anbelangt, können wir heute sagen: So viele kulturelle Angebote
1537 wie heute gab es nie zuvor.

1538 Dies gilt nicht nur dank unserer kulturellen Leuchttürme wie dem Kultursommer
1539 Rheinland-Pfalz, den Nibelungen-Festspielen, dem Festival des Deutschen Films, dem
1540 Hambacher Schloss, dem Arp-Museum oder den Theatern in unserem Land. Auch
1541 Laientheater, Chöre, Musikvereine oder Programmkinos leisten einen wichtigen Beitrag
1542 zur Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz.

1543 Unser Grundsatz der Kulturpolitik ist, dass Kunst und Kultur nicht das Privileg einiger
1544 weniger sein dürfen. Sie müssen vielmehr allen zugänglich sein. Das Ziel „Kultur für alle“

1545 ist noch lange nicht erreicht. Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche
1546 Aufgabe.

1547 Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik und zugleich eine
1548 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Beiträge von Kulturschaffenden, öffentlichen
1549 Einrichtungen, bürgerschaftlichem Engagement und privater Wirtschaft, von Sponsoren
1550 und Mäzenen für Kunst und Kultur sind unverzichtbar. Deshalb wollen wir ein Netzwerk
1551 Kultur auf den Weg bringen.

1552 Kulturelle Bildung steht weiter im Zentrum unserer Kulturpolitik. Mit dem Programm
1553 „Jedem Kind seine Kunst“, der Förderung von Jugendkunstschulen und
1554 Jugendkunstschulprojekten, der Förderung von Aufführungen professioneller freier
1555 Theater in nichtkommerziellen Institutionen und anderen Maßnahmen haben wir in den
1556 zurückliegenden Jahren Bemerkenswertes auf den Weg gebracht. Wir werden auf diesem
1557 Weg konsequent weitergehen.

1558 Unsere Kulturpolitik hat in den vergangenen Jahren mehr Geld in die freie Kulturszene
1559 gelenkt. Daran wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode festhalten. In
1560 Modellprojekten werden wir erproben, wie sichergestellt werden kann, dass freie
1561 Kultureinrichtungen und -gruppen bei dem vielerorts anstehenden schwierigen Wechsel
1562 zur nächsten Generation ihre Arbeit fortsetzen können. Wir werden für eine sukzessive
1563 Verbesserung der oft prekären Arbeitsbedingungen der Akteurinnen und Akteure der
1564 freien Szene eintreten.

1565 Kultur in Rheinland-Pfalz muss noch mehr auf die junge Generation zugehen. Der
1566 Kulturbegriff der jungen Generation ist lebendig. Er unterscheidet sich teilweise ganz
1567 erheblich von dem ihrer Eltern. Neue Disziplinen und Spielformen entstehen, man
1568 interessiert sich für neue Grenzbereiche und Nischen des Kulturraums. Wir wollen daher
1569 einen „Entwicklungsfonds für junge Kultur“ als Förderinstrument ins Leben rufen.

1570 Die Verpflichtung bleibt! Das jüdische Erbe in unserem Land liegt uns besonders am
1571 Herzen. Wir wollen, dass die SchUM-Städte Worms, Speyer und Mainz
1572 Weltkulturerbestätten werden.

1573

1574 **46. OFFENE UND TRANSPARENTE VERWALTUNG**

1575 Die öffentliche Verwaltung ist Dienstleisterin und Arbeitgeberin zugleich. Die SPD-
1576 geführte Landesregierung setzt auf eine schlanke, effiziente und moderne Verwaltung mit
1577 guter Führungskultur und Personalentwicklung. Die Verwaltung muss sich der

1578 Herausforderung des demografischen Wandels und der Digitalisierung stellen. Zu Recht
1579 erwarten Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, den Service der Verwaltung sicher,
1580 bequem und mobil abwickeln zu können. Mit dem Rheinland-Pfalz-Portal haben wir die
1581 Tür zur digitalen Verwaltung aufgestoßen. Land und Kommunen bieten hier rund um die
1582 Uhr online ihre Dienste an. Wer dieses Angebot nicht nutzen kann oder will, dem steht die
1583 einheitliche Behördenrufnummer D115 zur Verfügung.

1584 Interne Verwaltungsabläufe werden wir durch die Einführung der elektronischen Akte in
1585 der Landesverwaltung mittelfristig kostengünstiger und schneller gestalten. Kommunen
1586 begleiten wir auf dem Weg in die Digitalisierung, zum Beispiel in der Modellkommune e-
1587 Government, der virtuellen Kommune Mendig. Diesen erfolgreichen Weg, für den das Land
1588 bereits mehrfach ausgezeichnet wurde, werden wir fortsetzen.

1589 Eine starke und lebendige Demokratie lebt von Teilhabe, Partizipation und Information.
1590 Deshalb hat Malu Dreyer in ihrer Regierungserklärung ein Transparenzgesetz angekündigt
1591 und in den Landtag eingebracht. Es ist das erste Gesetz, das in einem breiten
1592 Beteiligungsprozess entstanden ist. Die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung
1593 für eine starke Demokratie“, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und
1594 Mitarbeiter der Verwaltung haben sich daran beteiligt. Eine offene und transparente
1595 Verwaltung ist keine gläserne. Sie legt aber den interessierten Bürgerinnen und Bürgern
1596 offen, wie sie regiert, welche Entscheidungen sie warum getroffen hat. Die Bürgerinnen
1597 und Bürger müssen nicht mehr wie bisher einen Antrag auf Information stellen. Künftig
1598 werden online auf einer Transparenzplattform im Internet alle Daten einsehbar sein. Wir
1599 erweitern damit die Open-Data-Plattform – was mit den englischen Begriffen „Good
1600 Governance“ und „Compliance“ umschrieben wird und nichts Anderes als gutes Regieren
1601 meint. Damit will die SPD das Vertrauen in die Politik stärken.

1602

1603 **47. MEDIENLAND RHEINLAND-PFALZ – KOMPETENT IN DIE ZUKUNFT**

1604 Unser Land ist ein bedeutender Medienstandort und somit auch Beschäftigungsmarkt für
1605 viele Medienschaffende und die Kreativwirtschaft. Als Vorsitzland der
1606 Rundfunkkommission der Länder übernimmt Rheinland-Pfalz eine wichtige bundesweite
1607 Rolle dabei, wie die künftige Medienordnung in einer digitalen Welt aussehen wird, in der
1608 das traditionelle Fernsehen immer mehr mit den audiovisuellen Angeboten im Internet
1609 verschmilzt.

1610 Wir setzen uns für Vielfalt in der Medienwelt ein, sie ist Garant für Meinungsvielfalt, die in
1611 der Demokratie so wichtig ist. Basis dafür muss ein ausgewogenes Verhältnis aus
1612 öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, Printmedien und audiovisuellen Diensten

1613 sein. Wir setzen uns für den Ausbau offener WLAN-Angebote an möglichst vielen Orten
1614 ein. Wir werden auf Bundesebene deshalb für die Abschaffung der Störerhaftung eintreten,
1615 die diesem Ziel entgegensteht.

1616 Dabei sollen wirtschaftliche Chancen geöffnet werden, ohne dass marktbeherrschende
1617 Stellungen die Vielfalt einschränken. Medien müssen geeignete Angebote auch für junge
1618 Menschen entwickeln. Wo die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigt zu werden
1619 droht, werden wir dem weiterhin durch einen geeigneten Jugendmedienschutz
1620 entgegenzutreten. Dabei kommen Organisationen wie Jugendschutz.net, den
1621 Medienkompetenzangeboten des Bildungsministeriums und der Landesmedienanstalt
1622 eine besondere Bedeutung zu. Diese werden wir weiter unterstützen.

1623

1624 **48. WIR HALTEN DIE SCHULDENBREMSE EIN UND KONSOLIDIEREN DEN HAUSHALT**

1625 Wir nutzen das laufende Jahrzehnt, in dem die geburtenstarken Jahrgänge noch
1626 vollständig im erwerbstätigen Alter sind, um unsere Finanzen demografiefest zu gestalten.
1627 So schaffen wir die zusätzlichen Handlungsspielräume, damit unser Land sozial,
1628 ökologisch und wirtschaftlich leistungsfähig bleibt. Rheinland-Pfalz konnte das
1629 strukturelle Defizit kontinuierlich reduzieren und ist jeweils unter der Defizit-Obergrenze
1630 geblieben. Wir halten die Schuldenbremse ein und reduzieren das strukturelle Defizit bis
1631 zum Jahr 2020 auf null. Auch in der kommenden Legislaturperiode ist es deshalb nötig,
1632 weitere Sparanstrengungen zu ergreifen. Das heißt auch: Verwaltungen werden wir nach
1633 weiteren Einsparpotenzialen überprüfen und zugleich die Verbesserung der
1634 Arbeitsbedingungen und der Arbeitsqualität in den Blick nehmen. Wir wollen die
1635 Modernisierung der Steuerverwaltung fortsetzen und setzen dabei auf den verstärkten
1636 Einsatz moderner Computersysteme. Zudem werden wir weiter das Personal gezielt in den
1637 Außendiensten (Betriebsprüfung und Steuerfahndung) verstärken.

1638 Eine gerechte Steuererhebung ist für uns ein essenzieller Bestandteil des gemeinsamen
1639 Zusammenlebens. Ein funktionierender Staat ist auf Einnahmen angewiesen, die durch
1640 alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer individuellen finanziellen
1641 Leistungsfähigkeit erbracht werden. Nur eine gerechte Steuererhebung ist auch eine, die
1642 zur entsprechenden Akzeptanz bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern führt. Auf
1643 Bundesebene setzen wir uns für einen internationalen Datenaustausch ein, damit
1644 Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden kann. Der Ankauf sogenannter Steuer-
1645 CDs ist ein allerletztes Mittel, um Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen.

1646 Eine Schwerpunktsetzung bleibt angesichts der Sparbemühungen unumgänglich. So
1647 stehen für uns die Investitionen in Bildung und Infrastruktur im Mittelpunkt. Die

1648 Beamtinnen und Beamten haben einen großen Beitrag zur Konsolidierung des
1649 Landeshaushalts geleistet. Deshalb gilt: Wir passen die Gehälter der Beschäftigten im
1650 Landesdienst an die Entwicklung der Inflationsrate und die Entwicklung der Löhne an.

1651 Bei den Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geht es darum, alle
1652 Länder so auszustatten, dass sie gleiche Lebensverhältnisse sichern und ihre Aufgaben
1653 wahrnehmen können, sowie die Lücke zwischen finanzstarken und finanzschwächeren
1654 Ländern nicht weiter auseinanderdriften zu lassen.

1655

1656 **49. VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND DIE EINE WELT**

1657 Die europäische Integration ist für die rheinland-pfälzische SPD nicht nur politischer
1658 Auftrag, sondern auch gelebte Wirklichkeit. Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein guter
1659 Nachbar; die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in all ihren Ausprägungen zum
1660 direkten Wohl der Menschen wird zentral bleiben. Die SPD wird sich in der Europapolitik
1661 weiterhin für ein hohes Niveau bei Bürger- und Grundrechten sowie beim Datenschutz, bei
1662 der Stärkung der sozialen Dimension sowie der Sicherung und Schaffung
1663 zukunftssträchtiger Arbeitsplätze, beim Flüchtlingsschutz sowie in der Asyl- und
1664 Migrationspolitik einsetzen.

1665 Die SPD will einen starken Euro in einem europaweiten Regelsystem, in dem Finanzmärkte
1666 reguliert sind, Steuerdumping bekämpft wird und eine gemeinsame
1667 Bemessungsgrundlage für Steuern existiert. Ein europäisches Aufbauprogramm mit
1668 klarem Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft soll Staaten helfen,
1669 Jugendarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen. Um die Chancen
1670 der digitalen Entwicklung zu nutzen, sind gezielte Harmonisierungen im technischen
1671 Bereich und beim sozialen Schutz erforderlich.

1672 Im Dialog müssen alle Akteure um die optimale Verbindung von größtmöglicher Freiheit
1673 im Internet und besten Sicherheits- und Sozialstandards ringen. Europapolitische
1674 Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit soll insbesondere jungen Menschen die erreichten
1675 positiven Errungenschaften bewusstmachen. Die Europaschulen sollen dazu weiterhin
1676 unterstützt werden. Die SPD wird auch zukünftig auf allen Ebenen –zum Beispiel den
1677 Bundesrat oder den Ausschuss der Regionen – die rheinland-pfälzischen Interessen
1678 einbringen. Die kommunalen, regionalen und internationalen Partnerschaften des Landes
1679 sollen weitergeführt werden.

1680 Weltweit befinden sich so viele Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und
1681 Terrorismus wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Auch wir in

1682 Rheinland-Pfalz müssen unseren Beitrag gegen Armut und Perspektivlosigkeit in vielen
1683 Teilen der Welt leisten. Eine Verbesserung der Situation vor Ort muss aber bei den
1684 Ursachen ansetzen. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag bereits seit Jahren mit
1685 der vorbildhaften Partnerschaft mit Ruanda. Wir werden diese Partnerschaft weiter
1686 unterstützen und gemeinsam mit dem Ruanda-Verein fortentwickeln. Wir wollen auch bei
1687 uns in Rheinland-Pfalz die Themen einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen Handels
1688 weiter voranbringen.

1689

1690 **50. RHEINLAND-PFALZ: DIE MITMACH-DEMOKRATIE**

1691 2011 hat sich die rot-grüne Koalition aufgemacht, neue Impulse für eine lebendige
1692 Demokratie in Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Im Jahr 2013 hat Malu Dreyer in ihrer
1693 Regierungserklärung ihre klare Leitlinie formuliert: Wir wollen die Stärkung der
1694 Bürgerdemokratie in unserem Land. Es geht darum, Ideen, Anregungen, Haltungen und
1695 Positionen der Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz frühzeitig aufzugreifen und
1696 umzusetzen.

1697 Mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr
1698 Mitwirkungschancen: Das ist unser Ansatz. Wir haben die Empfehlungen der Enquete-
1699 Kommission Bürgerbeteiligung umgesetzt und das Transparenzgesetz verabschiedet.
1700 Damit sind unter anderem die formalen Hürden für direktdemokratische Verfahren auf
1701 kommunaler Ebene abgesenkt, Unterschriftensammlungen erleichtert und die
1702 Verpflichtung zu einem finanziellen Deckungsvorschlag gestrichen worden. Bei
1703 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum künftig einer prozentualen
1704 Staffelung unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt. Das
1705 heißt, dass bei einer Stadt von 200.001 Einwohnerinnen und Einwohnern statt 20.001
1706 Unterschriften nur noch 10.001 Unterschriften nötig sind. Auch das Abstimmungsquorum
1707 wird künftig herabgesetzt: Statt einer Zustimmung von 20 Prozent ist nur noch eine
1708 Zustimmung von 15 Prozent nötig. Demokratie lebt vom Mitmachen – dies unterstützen
1709 wir.

1710 Beteiligen, Mitwirken und Mitentscheiden: Dieser Dreiklang wird uns aber auch in der
1711 neuen Legislaturperiode begleiten. Wir wollen eine lebendige Mitmach-Demokratie, in der
1712 sich die Menschen einmischen können, ihre Fachkompetenz einbringen, in der Staat und
1713 Zivilgesellschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür senken wir die Quoren für
1714 Volksbegehren. Eine unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle soll allen Initiatoren
1715 direktdemokratischer Verfahren zur Verfügung stehen. Frühzeitige Information und
1716 Transparenz über Vorhaben und Planungen und konsultative Beteiligungsansätze (wie

1717 beispielsweise Planungszellen, Befragungen, Stadtteilkonferenzen, Bürgerforen etc.)
1718 wollen wir zur Regel machen. Die Möglichkeit der Mitgestaltung von Bürgerinnen und
1719 Bürgern, zum Beispiel in Seniorenbeiräten, Jugendparlamenten, Migrations- oder
1720 Behindertenbeiräten, werden wir ausbauen und fördern.

1721 Vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind eine grundlegende
1722 Voraussetzung für das Erlernen der Demokratie. Diese Aufgabe liegt bei Kindertagesstätten
1723 und Schulen, aber auch bei den außerschulischen Trägern der Jugendarbeit und der
1724 politischen Bildung. Diese werden wir weiter unterstützen. In Kitas und Schulen werden
1725 wir die Partizipationsmöglichkeiten ausweiten. Die Landeszentrale für politische Bildung
1726 Rheinland-Pfalz unterstützen wir dabei in ihrer Arbeit. Auch hier werden neue Konzepte
1727 notwendig, um auf die Neuen Medien und Informationsverhalten der Menschen
1728 einzugehen.

1729 Wir halten daran fest, das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu
1730 senken. Wir befürworten das aktive und passive Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsangehörige
1731 bei Kommunalwahlen und bauen darauf, dass eine zeitnahe Änderung des Bundesrechts
1732 dies ermöglichen wird.

1733 In Zeiten der Digitalisierung der Gesellschaft muss auch das Verständnis von
1734 Parlamentsöffentlichkeit weiterentwickelt werden. Hierzu gehören nicht nur die
1735 bestehenden Livestream-Übertragungen parlamentarischer Sitzungen. Der Landtag ist das
1736 Herz unserer Demokratie. Er ist der zentrale Ort –nicht nur der Debatte, sondern auch der
1737 politischen Entscheidung. Die Debatte braucht aber neue, zeitgemäße Strukturen.
1738 Deswegen wollen wir eine Experimentierklausel zur Erprobung neuer Debattenformen
1739 einführen. Wir wollen im Landtag ein Beteiligungsportal einrichten, über das sich
1740 Bürgerinnen und Bürger nicht nur kompakt informieren, sondern sich mit ihrer Meinung
1741 und ihrem Sachverstand auch aktiv in die parlamentarische Gesetzgebungsarbeit
1742 einbringen können. Neue Wege der Information und Partizipation wird das Bewusstsein
1743 für die parlamentarische Demokratie insbesondere bei jungen Menschen befördern.
1744 Deswegen wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich der politischen Bildung setzen und
1745 besonders die Rolle des Landtags stärken.

1746

1747 **V. WORAUF ES ANKOMMT**

1748 Rheinland-Pfalz ist heute schon ein starkes und mitfühlendes Land. Mit der SPD können
1749 sich die Menschen darauf verlassen, dass sie hier auch in Zukunft gut und sicher leben und
1750 arbeiten können. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz weiterhin für Zusammenhalt,

1751 Gerechtigkeit und Zukunftsoffenheit steht. Allen Formen von Extremismus,
1752 Menschenfeindlichkeit und Terrorismus, die die Werte unseres Zusammenlebens und
1753 unsere offene Gesellschaft infrage stellen wollen, werden wir entschlossen und mit allen
1754 Mitteln entgegentreten. Sie haben in Rheinland-Pfalz keinen Platz.

1755 Bundesweit wird deutlich, dass sich am rechten Rand der Gesellschaft menschen- und
1756 freiheitsfeindliche Gruppierungen neu formieren, dass Rassismus und Gewalt noch lange
1757 nicht besiegt sind. Populisten versuchen, Menschen mit autoritären oder antieuropäischen
1758 Grundeinstellungen zu sammeln oder aus den Zukunftsängsten politischen Profit zu
1759 schlagen. Wir erleben auch, wie schnell manchmal aus persönlicher Enttäuschung
1760 Fremdenfeindlichkeit oder generelle Abwendung von der sozialen Demokratie wird.

1761 Bei der Landtagswahl am 13. März geht es auch darum, dass wir rechten Vereinfachern
1762 und Populisten aller Schattierungen keine Chance lassen. Es geht darum, dass wir durch
1763 eine hohe Wahlbeteiligung dafür sorgen, dass sich die Mitte der Gesellschaft zu Wort
1764 meldet und den Kurs bestimmt. Dass Rheinland-Pfalz ein offenes, zukunftsorientiertes
1765 Land bleibt. Dass unsere Gesellschaft sich nicht spalten lässt, sondern die Probleme
1766 gemeinsam angeht.

1767 Von der Landesregierung muss in solchen Grundfragen unserer demokratischen
1768 Entwicklung Klarheit ausgehen, nicht Unentschiedenheit oder gar das Signal von
1769 Verständnis für Ausgrenzung oder antidemokratische Vorurteile. Das ist gerade deshalb so
1770 wichtig, weil in Europa vielerorts zuletzt so viel Wankelmut und Egoismus sichtbar
1771 geworden sind und eine Rückwendung zum alten Nationalstaatsverständnis des 20.
1772 Jahrhunderts uns alle zurückwerfen würde, auch wirtschaftlich.

1773 Hier geht es um grundlegende Weichenstellungen. Es geht um soziale Sensibilität, um
1774 pragmatisches Anpacken und um kulturelle Offenheit. Rheinland-Pfalz hat in den
1775 vergangenen Jahrzehnten gezeigt, wie das geht. Die SPD und Ministerpräsidentin Malu
1776 Dreyer stehen dafür, dass unser Land diesen erfolgreichen Weg fortsetzt.

1777 Die SPD und Ministerpräsidentin Malu Dreyer stehen dafür, dass unser Land mit einer
1778 klaren Haltung regiert wird, die den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt stellt und
1779 dafür sorgt, dass alle am Erfolg unseres Landes teilhaben. Diese Politik passt zu Rheinland-
1780 Pfalz. Sie stärkt unser Heimatland –in seiner lebenswerten Vielfalt und in seiner sozialen
1781 Kompetenz. Mit uns bleibt Rheinland-Pfalz Zukunftsland.